



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich

Stenografisches Protokoll der 60. Sitzung Sitzungsteil Nichtöffentlich - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. Januar 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Thomas Erndl, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. J. H.

Referentin in der Deutschen Botschaft in Kabul
(Beweisbeschluss Z-65)

siehe Stenogr. Protokoll 20/60 I

T. R.

Referent in der Deutschen Botschaft in Kabul und
Mitglied des Krisenunterstützungsteam (KUT)
(Beweisbeschluss Z-66)

siehe Stenogr. Protokoll 20/60 I

T. G.

Vertreter Residentin des BND
(Beweisbeschluss Z-54)

3

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich: 20.36 Uhr)

Vernehmung des Zeugen T. G.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich darf herzlich begrüßen unseren dritten Zeugen. Herr T. G. hat bereits Platz genommen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr G., Sie haben den Erhalt der Ladung am 20. Juni und den Erhalt der Umladung am 24. Oktober 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen hier in unserer Runde und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie schon einmal umladen mussten und die Befragung nun am heutigen Tag stattfindet.

Ihre Vernehmung erfolgt zu Ihrem Schutz unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Neben Ihnen hat Herr Rechtsanwalt Dr. Wolfram Hertel Platz genommen, Ihr Rechtsbeistand. Herr Dr. Hertel, auch Sie darf ich herzlich hier willkommen heißen.

Wie Sie wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Das bedeutet, dass Sie zwar zu prozessualen Fragen Stellung nehmen können, Sie dürfen jedoch Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen. Haben Sie Fragen dazu? - Danke schön.

Herr G., ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie

müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge T. G.: Nein, keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie immer das Mikrofon benutzen, immer einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Und die Technik erfordert es auch leider, dass Sie bitte versuchen, möglichst nah am Mikrofon zu sein und ins Mikrofon zu sprechen.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht, und das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Nun mein letzter Hinweis. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen



Nichtöffentlich

verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge T. G.: Keine.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingang werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Gibt es zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge T. G.: Keine.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Vielen Dank. - Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügt die Angabe Ihrer Initialen, und bitte nur das Alter nennen und nicht das Geburtsdatum.

Zeuge T. G.: Meine Initialen sind T. G. Ich bin 49 Jahre alt. Die Anschrift ist Chausseestraße 96 in 10115 Berlin.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Und Ihre Berufsbezeichnung?

Zeuge T. G.: Berufsbezeichnung ist: Angestellter des BND* im Soldatenstatus.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Vielen Dank. - Herr G., Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darstellen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge T. G.: Ich würde Ihnen anbieten, eine kurze Schilderung des Ablaufs der Evakuierung

und der kurzen Zeit vor der Evakuierung zu geben und eine sehr oberflächliche Schilderung oder Nennung der hauptsächlichen Abläufe am Flughafen während der Evakuierungsoperation - wenn das gewünscht ist.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Ja, gerne. Bitte.

Zeuge T. G.: Ich würde beginnen Anfang August oder am 12. August. Da ist von der deutschen Botschaft die Krisenstufe 3b ausgelöst worden, und wir als Partikel des BND, der in die Botschaft integriert ist, haben zusammen mit der Botschaft unsere Lokalbeschäftigten ins Ortskräfteverfahren überführt und dazu die Papiere ausgefüllt.

Zur örtlichen Situation: Die Botschaft in Kabul befindet sich in der Green Zone. Das ist eine speziell gesicherte Gegend oder eine speziell gesicherte geografische Eingrenzung in der Stadt Kabul gewesen, die außen durch afghanische Sicherheitskräfte und innen durch Sicherheitskräfte geschützt wurde, die die Botschaften gestellt haben. Der BND-Partikel war außerhalb dieser Botschaft befindlich, und zwar in der [REDACTED], die außerhalb der Green Zone liegt, circa 1 Kilometer von der Botschaft entfernt - wird später noch mal relevant werden -, und ist dort eingebettet in das Hauptquartier des Nachrichtendienstes gewesen, des afghanischen Nachrichtendienstes.

Die Tage vorher haben sich ja so dargestellt, dass langfristig die Übergangsphase und Möglichkeiten, wie man nach einem Abzug der Truppen in Afghanistan bleiben kann, den Großteil der Dienstgeschäfte neben dem Tagesdienst ausgemacht haben. Also es war noch in allen Planungen enthalten, dass man über den 31.08. eine Präsenz in Afghanistan erhalten können wird.

Ab Anfang August wurde die Transitionsphase, also die Phase, die den Abzug der Truppen, der militärischen Truppen, beinhaltet - bis spätestens 31.08. -, immer relevanter, und man hat sich beschäftigt mit den Notfallplänen, die verschiedene Ausprägungsgrade der Lageverschärfung zur Ba-



Nichtöffentlich

sis hatten und abdecken sollten, also von Verbleib in den jeweiligen Liegenschaften und Weiterarbeiten über den 31.08. und bis hin zu Total-evakuierung aufgrund einer Situation, die einen Verbleib nicht mehr sicherheitlich möglich gemacht hätte - was dann im Nachhinein eingetreten ist.

Am Freitag, den 13.08., habe ich an der - - Und ich war der verantwortliche Führer des BND-Partikels vor Ort. Wir hatten zwischen [REDACTED] BND-Angehörige in Afghanistan, zum Teil in diesem Standort, zum Teil auch an anderen Stellen in Kabul disloziert und haben noch Lagebildzuarbeit betrieben bis zum 15.08.

Am 13.08. habe ich intern eine Evakuierungsstufe ausgelöst; nennt sich Stufe 1. Bedeutet, dass man eine Evakuierung vorbereitet, alle möglichen Dinge, die nicht unbedingt vonnöten sind, schon vernichtet und nur noch mit eingeschränktem Material vor Ort ist. Und wir haben eine Personalreduktion entschieden aufgrund der Einschätzungen anderer Nationen und unserer eigenen Einschätzung, dass es möglicherweise in den nächsten Tagen etwas schneller zu einer Lage kommen könnte, die unvorhersehbare Umstände mit sich bringt. Also, man wusste nicht genau, was passiert, aber die Botschaften haben immer schneller begonnen, ihre Anwesenheiten in der Green Zone zu reduzieren, entweder an den Flughafen zu gehen, der eben näher an der Evakuierungseinstiegsörtlichkeit war, oder in Drittländer zu verlegen.

Aufgrund von Flugbuchungsnotwendigkeiten konnten wir unser Personal reduzieren, allerdings erst für den 15.08. Da sind also Flug- - Wir haben also Flugtickets für den 15.08. bekommen und haben am 13.08. diese alle gebucht. Es gab in Deutschland eine Krisenstabsitzung - - die auch diese Maßnahmen dann beschlossen haben, die wir teilweise vorher vorgeschlagen haben oder die eben aus Deutschland mit oder ohne Vorschlag von unserer Seite kamen.

Und einige andere Nationen haben ihre Termine der Reduzierung genannt, zwei große Partnernationen, die relevanten Anteil an der Absicherung der Green Zone hatten. Eine Partnernation

sagte, sie würden bis einschließlich 15.08. noch vor Ort sein und dann evakuiert haben, komplett an den Flughafen. Und eine andere Nation, eine große Rahmennation, die auch für die Evakuierung dann gesorgt hat, sagte, sie würden die Sicherung der Green Zone bis zum 17.08. aufrechterhalten, aber reduzieren in unbekanntem Maße. Der Personalanteil dort war noch circa 3 500 Personen in deren Botschaft.

Die Rückwärtige, das Mutterhaus, hat eine Rufbereitschaft eingerichtet am Freitag und hat dann später auch am Wochenende Anwesenheit garantiert. Samstag und Sonntag waren die also im Büro, die Fachbereiche. Und mit denen hatten wir permanenten Kontakt.

Am 14.08. hat sich gezeigt, dass die Reduzierungsankündigungen und die Reduzierungen der anderen Nationen viel schneller vor sich gehen. Und die Zeitlinien wurden also nach vorne korrigiert. Die Sicherheit der Green Zone wurde durch die Rahmennation aber immer noch mit dem 17.08. - einschließlich - angegeben. Und ich als Leiter der Außenstelle vor Ort habe noch entschieden, in der dislozierten Außenstelle außerhalb von der deutschen Botschaft zu bleiben, weil wir noch dieses Ortskräfteverfahren für unsere Lokalbeschäftigten - es waren knappe 20 mit Familienangehörigen - administrativ vorbereitet haben, Formulare ausgefüllt, nach Hause übermittelt, um die Lokalbeschäftigten, die für uns bis Ende dort tätig waren, ebenfalls in das Ortskräfteverfahren mit aufnehmen zu können, falls eine Evakuierung kurzfristig notwendig sein sollte.

Am Samstagabend, dem 14.08., gab es noch mal eine kurze Lageverschärfung. Es gab Andeutungen, dass Taliban, die eigentlich um Kabul schon standen, in die Vororte der Stadt eingedrungen sein könnten. Ich habe dann noch mal - - Ich habe befohlen, noch* mal eine Abmarschbereitschaft herzustellen, und in der Zeit, die es gedauert hat, noch mal eine Lageverdichtung durchführen lassen mit den Informationszugängen, die wir da in unterschiedlichen Ausprägungsgraden hatten. Und es hat ergeben, dass es nur ein kleineres Scharmützel einer angeblichen Vorhut sein sollte, die am ganz südlichen Rand



Nichtöffentlich

Kabuls aufgetreten ist. Die afghanischen Sicherheitskräfte haben gesagt, es würden keinerlei Bedenken ihrer Seite bestehen, dass Kabul angegriffen werden könnte oder in Gefahr wäre. Ich habe mich dann entschieden, weiterhin in der Außenstelle, also disloziert von der Botschaft, zu bleiben mit meinem Personal, um die IT-Möglichkeiten weiter zu nutzen, um in der zur Verfügung stehenden Zeit noch dieses Ortskräfteverfahren und die Lagebildverdichtung weitermachen zu können. Das wäre an der Botschaft selbst nicht mehr so gut möglich gewesen.

Am 15.08. haben wir früh um halb sechs circa die auszufliegenden Personen an den Flughafen gefahren mit eigenem Personal. Die Lage in der Stadt war ruhig, das Straßenbild war normal, das Aufkommen am Flughafen war etwas höher als normal. Die Abfertigung der Personen hat noch mit etwas Verzögerung, aber gut funktioniert. Die Rückfahrt war circa 6.30 Uhr. Das Straßenbild war normal. Es war noch keine Veränderung zu den Tagen vorher in Kabul auf der Strecke zwischen Flughafen und unserer Außenstelle sichtbar.

Gegen 10 Uhr, also im Laufe des Vormittags, wurde klar, dass die Rahmennation schneller evakuiert. 3 500 Personen sollten früher evakuiert werden, und ein kleinerer Restanteil sollte übrig bleiben. Die andere Nation hatte schon in der Nacht auf den 15. evakuiert und nicht eben zum Ende des 15. hin. Wir haben dann noch an die afghanischen Sicherheitskräfte Ausbildungsmaterial übergeben, weil sich die Lage langsam so entwickelt hat, dass wir davon ausgegangen sind, dass es also* nur noch Tage dauern könnte - als Wochen -, bis man zumindest in die Botschaft zurückkehren muss oder sich da an einem Ort konzentrieren muss oder möglicherweise sogar bis zum Flughafen ausweichen muss. Parallel an den ganzen Tagen ist Vernichtung von Material und dieses Ortskräfteverfahren gelaufen.

Um 12 Uhr hieß es, die große Rahmennation ist mit ihrer Evakuierung fertig. Das war für uns überraschend, weil 3 500 Personen innerhalb kurzer Zeit an den Flughafen zu bringen - am Anfang hieß es noch, die sollen auch arbeitsfähig verlegt werden - - Hat uns durchaus überrascht,

dass solche Kapazitäten vorhanden waren und dass man so eine Eile an den Tag gelegt hat, obwohl man das vorher anders kommuniziert hat.

Unsere Informationszugänge haben auf direkte Nachfrage, also vonseiten der afghanischen Sicherheitskräfte, noch mal betont, sie gehen davon aus, dass Kabul mindestens 48 Stunden noch sicher wäre. Sie hatten Informationen, dass in der Nacht vom 15. auf den 16. ein großes Gefängnis in Kabul von den Taliban angegriffen werden sollte. Das liegt im Vorort, war also durch die Taliban tatsächlich erreichbar, wäre erreichbar gewesen in unserer Einschätzung. Und da saßen zwischen 7 000 und 10 000 Gefangene - wurde geschätzt -, mit einem hohen Anteil an den Taliban möglicherweise zugehörigen oder wahrscheinlich zugehörigen Personen. Sollte aber in der Nacht erst passieren.

Ich habe mich dann entschieden, den Tag noch in der Außenstelle zu verbringen, die Arbeiten dort abzuschließen und am Abend in die große Botschaft zu verlegen und die Nacht abzuwarten und am nächsten Tag entweder wieder zurückzukehren, um weiterzuarbeiten vor Ort unter Ausnutzung unserer besseren Kapazitäten an der eigentlichen Dienststelle oder eben, wenn sich die Lage schlechter entwickelt, in der Botschaft zu bleiben und mit Ausweismitteln zu arbeiten.

Um 12.15 Uhr rief der Sicherheitsberater der deutschen Botschaft an und kommunizierte, dass jetzt, sofort, zu evakuieren ist, dass die Nation, die uns bei der Evakuierung unterstützt, die Evakuierung ausgelöst hat. Ich habe dann noch mal nachgefragt, was „jetzt“ heißt, oder „sofort“. „Sofort“ hieß dann: sofort. Das war also die Antwort. Und es wurde noch hinterhergeschoben: Wenn ihr in 30 Minuten nicht da seid, dann müssen wir ohne euch abrücken.

Wir haben dann den letzten Schritt der Evakuierung, der relativ gut vorbereitet war, noch in 20 Minuten abgeschlossen, haben also noch alle Dinge, die sicherheitlich relevant waren, in Kfz verladen und sind dann mit sechs Kfz von der Außenstelle zur Botschaft gefahren. Um ehrlich zu sein: Es hat eher einer Flucht geglichen als



Nichtöffentlich

einer kontrollierten Evakuierung. 20 Minuten waren nicht lange, um noch die letzten Sachen da einzuladen und die Computersysteme, die wir noch laufen hatten, in reduzierter Art herunterzufahren. In der Nähe hat man Schusslärm gehört und Explosionen. Im Nachgang haben wir erfahren, dass das wahrscheinlich davon herrührte, dass die afghanische Zivilbevölkerung bei Banken am Anfang angestanden haben, um ihr Bargeld abzuheben, und wahrscheinlich im Laufe des Vormittags begonnen haben, da gewaltsamen Eintritt zu versuchen in die Banken und Bargeld zu bekommen.

Die Explosionen - - Wir hatten keine Sicht auf die Straßenlage zwischen unserer Außenstelle und der Botschaft. Wir gingen davon aus, dass die Straße blockiert war. Es ging aber einigermaßen. Die war also relativ voll. Wir haben aber zehn Minuten bis zur Botschaft gebraucht, sind circa 12.45 Uhr abgefahren und sind 12.50 Uhr plus ein paar Minuten an der Botschaft angekommen, und es ging einigermaßen gut.

Ein Partikel meines Personals war noch außerhalb der Außenstelle. Die sollten am Abend oder im Laufe des Tages zu uns kommen und dann gemeinsam mit an die Botschaft verlegen. Die blieben im Verkehr stecken, sind nicht mehr zu unserer Außenstelle gekommen. Und ich habe die dann angewiesen, zur Botschaft zu kommen, was aber auch nicht funktioniert hat. Die sind also im Verkehr stecken geblieben.

Wir haben dann an der Botschaft Kontakt mit dem Sicherheitsberater aufgenommen, der gesagt hat, wir sollen uns vorbereiten, um in einen Fahrzeugkonvoi der Botschaft aufgenommen zu werden und dann ans ehemalige RS HQ zu verlegen, das Hauptquartier der militärischen Kräfte, von wo aus die USA mit Helikopterverkehr, Shuttleverkehr zum Flughafen - - gemacht hat. 13.30 Uhr war Abfahrt.

In den ganzen Zwischenzeiten haben wir noch versucht, Material zu vernichten, was wir mitnehmen mussten, sowohl an der Botschaft als auch die ganzen Tage vorher natürlich in der Außenstelle. Wir gingen davon aus, dass wir mit Kfz bis zum Flughafen verlegen, als wir an die

Botschaft gefahren sind. An der Botschaft wurde klar, dass die Wahrscheinlichkeit höher wird, dass wir mit Helikoptern verlegen müssen, was einen Mitnahmeumfang pro Person von weniger als 10 Kilo bedeutet hat. Und uns wurde klar, dass wir Dinge, die wir in den Kfz hatten, die zurück- - also die möglichst mit nach Hause genommen werden sollten bei einer Evakuierung nach Vorschriften - - dass wir die noch in den Kfz haben, und haben noch versucht, die zum größten Teil zu vernichten.

13.30 Uhr ging es an das RS HQ, und dort wurde endgültig klar, dass also kein Fahrzeugkonvoi an den Flughafen fährt, sondern dass wir per Helikopter an den Flughafen geschuttelt werden und wir Teile unseres Materials in den Fahrzeugen zurücklassen müssen. Das Hauptquartier war sichtbar, das wir beim Einfahren - - Da waren Pioniere der anderen Nation daran, alles zu verkabeln und mit Sprengstoff zu versehen, um zurückgelassenes Material zerstören zu können. Da haben wir mit denen noch mal Kontakt aufgenommen, ob sie die Fahrzeuge, die wir stehen lassen müssen, ebenfalls im Falle, dass die Zerstörung angeordnet wird - - dass sie die mit einschließen in ihre Zerstörungsmaßnahmen.

Und circa eine Stunde später - genaue Uhrzeit ist mir nicht mehr bekannt - ging es dann los und wurde mit Helikopter an den Flughafen verlegt. Wir haben mehr Material als die 10 Kilo mitgenommen. Es gab noch ein paar sicherheitlich relevante Dinge, die wir noch in der Hand oder in Rucksäcken transportiert haben und mit an den Flughafen genommen haben, in der Hoffnung, dass es vor dem Hubschrauber nicht gewogen wird, was nicht der Fall war. Wir konnten die also mit zum Flughafen mitnehmen und sind dann am Flughafen angekommen.

Ich glaube, es ist dem Format nicht inne, aber das wäre so der erste Teil. Und ein zweiter Teil wären also die Vorgänge am Flughafen mit Evakuierung. Wäre mein Angebot, direkt anzuschließen, wenn das von Interesse ist.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja, bitte, fahren Sie fort.



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Am Flughafen angekommen, steigt man aus dem Helikopter aus, geht ein kleines Stück, und dann gab es ein Registrierungsportal, an dem von den Amerikanern registriert wurde, und dann wurde man Maschinen, also größeren Maschinen, zugeordnet, die vom Flughafen in Drittländer geflogen sind und evakuiert haben.

Auf dem Weg - - Am Flughafen angekommen - auf dem Weg oder vor diesem Registrierungstisch -, haben wir es noch mal geschafft, Kontakt mit dem Mutterhaus zu Hause aufzunehmen. Die Kommunikationsmöglichkeiten waren sehr eingeschränkt, und die Bandbreite, die noch zur Verfügung stand, war natürlich sehr gering. Es war nicht einfach, da Kontakt zu kriegen. Aber wir haben ihn kurz vorher noch bekommen und haben dann mit dem Mutterhaus vereinbart, dass Teile des Teams sich sofort ausfliegen lassen und Teile des Teams noch vor Ort bleiben und eventuelle zukünftige Aufgaben am Flughafen mit unterstützen mit einem Kernteam der deutschen Botschaft. Das hat betroffen zwei Mitarbeiter und mich.

Wir haben dann noch Material ausgetauscht, was wir für sinnvoll hielten vor Ort zu behalten, und ein Teil ist dann in die Registrierung abgebogen. Wir sind also auf dem Flughafen und haben dann den Rest des Tages dort versucht, eine Unterkunft zu finden, haben Kontakt aufgenommen mit dortigen Militäreinheiten, die die Logistik am Flughafen betrieben haben, und haben uns Ideen gemacht, wo wir unterkommen, welche Notwendigkeiten wir haben.

Es gab einen Beschuss dann und gab Bunkeralarm. Also, man musste von einem Vorfeld in Gebäude einrücken, in ein gesichertes Gebäude. Wir hatten so viel Gepäck dabei, dass wir das auf einmal nicht tragen konnten. Also musste ein Teil des Gepäcks draußen stehen bleiben, was wir dann nach längerer Verhandlung - - Also, wenn man im Bunker ist, darf man eigentlich nicht mehr raus. Wir mussten dann ein bisschen verhandeln, dass wir das restliche Gepäck noch holen können - das war relativ wichtig, weil da die sicherheitlich relevanten Dinge dabei waren -, und haben das dann zu dritt noch vom Vorfeld geholt. Ob noch Beschuss stattgefunden hat

oder nicht, ließ sich da nicht genau bemerken - möglicherweise, möglicherweise nein.

Nach zwei Stunden war der Bunkeralarm aufgehoben, und wir haben es an dem Tag noch geschafft, eine Unterkunft gestellt zu bekommen, und sind dort mit den Teilen der Botschaftsangehörigen, der Bundespolizei und unseren - - Und wir drei dort haben da Unterkunft bezogen, haben uns mit den anderen Nationen, die im Gebäude waren, noch mal abgestimmt, wer welche Sicherung übernimmt, falls der Flughafen gestürmt werden sollte, Bereiche zugewiesen und Ähnliches, haben am Abend noch mal zwei deutsche Staatsangehörige, mit denen wir relativ viel Kontakt haben, in den Flughafen gebracht, die wir im Laufe des Tages erreicht haben - - und denen noch mal die Nachricht zu geben, dass sie am besten zum Flughafen kommen sollten und relativ schnell, weil wir sonst nicht wissen, ob sie noch aus Kabul rauskommen. Einer von den beiden wird später noch eine Rolle spielen.

Am 16.08. war ein Org-besorg-Tag. Wir haben uns also versucht mobil zu machen. Es waren etliche aufgegebene Fahrzeuge am Flughafen, und in ein paar davon blieb also der Schlüssel stecken. Das ist eigentlich normales Prozedere, dass geschützte Fahrzeuge vor dem Gebäude stehen, falls man abrücken muss, dass man die schnell nutzen kann. Die Gebäude waren frei, und die Fahrzeuge, die dem Gebäude mal gehört haben oder den Personen in dem Gebäude - - die haben den Schlüssel einfach liegen lassen. Also, da war sehr viel aufgegebenes Material am Flughafen zu finden. Das, was wir brauchen konnten, haben wir uns noch ausgeliehen.

(Heiterkeit)

Wir haben als Nächstes Kontakt aufgenommen mit amerikanischen Einheiten und wollten in Erfahrung bringen, ob das zurückgelassene Material im RS HQ zerstört wurde. Er konnte ad hoc - wir haben einen gefunden, der zuständig war - keine Antwort geben, wollte sich aber bis zum Abend drum kümmern. Es gab sich widersprechende Aussagen. Die einen sagten, es wäre komplett zerstört worden, das Material, was dort zurückgelassen war. Andere sagten, nicht. Wir hatten



Nichtöffentlich

in den nachfolgenden Tagen noch öfter Kontakt, konnten aber keine eindeutige Lage herstellen. Aber es war wahrscheinlicher, dass es nicht zerstört worden ist, was wir dort zurücklassen mussten.

An dem Tag waren noch mehrere Verbindungen mit dem Mutterhaus zu Hause, auch mit der Leitung möglich, und es zeichnete sich nach und nach ab, dass wir den Auftrag erhalten, vor Ort bei der Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen, anderen Staatsangehörigen von befreundeten Nationen und eigenen Ortskräften mitwirken zu sollen und auch noch als Schnittstelle zwischen dem Botschaftspersonal, Lageinformationen vor Ort und unserem Mutterhaus zu dienen, so gut es ging mit den zur Verfügung stehenden eingeschränkten Kommunikationsmitteln.

Wir wussten, dass unsere Ortskräfte - - Wir hatten die in den Tagen vorher darauf vorbereitet, hatten die in Gruppen eingeteilt. Jeder Gruppenvorsteher war der englischen Sprache und Dari mächtig; also fungierte als Schnittstelle zu den Ortskräften. Die haben wir an dem Tag noch eingewiesen - sobald es Möglichkeiten und die Erlaubnis gibt, in den Flughafen zu kommen -, dass sie sich bereithalten, ihre Gruppe sammeln an unterschiedlichen Orten, und haben mit denen beraten, wie sie am besten durch eine Taliban-kontrollierte Stadt zum Flughafen kommen könnten, und denen noch ein paar gute Ratschläge mit auf den Weg gegeben und eine Abmarschbereitschaft von denen herstellen lassen.

Am späten Vormittag wurde die Lage für eine gewisse Zeit unklar. Es gab Lautsprecherdurchsagen, dass ein Sturm des Flughafens erfolgen würde von südlicher Seite. Die Botschafts-BPOL und wir Angehörigen waren getrennt an zwei unterschiedlichen Orten. Die einen waren zu einer Besprechung, die anderen - BND komplett - waren in einem Gebäude am anderen Ende, in dem wir auch Unterkunft hatten. Das war der wahrscheinlich bekannte Durchbruch von einer großen Anzahl von Zivilisten, die aus dem südlichen Bereich den Flughafen gestürmt haben. Zu dem damaligen Zeitpunkt war noch die Lageinformation, dass sich Taliban daruntergemischt

hätten und die Menge aufwiegeln würden, wahrscheinlich um den Flughafen zu überrennen, weil die Taliban noch nicht einer Evakuierung zugestimmt hätten und eine unklare Absicht der Taliban noch im Lagebild war.

Wir haben uns mit den anderen Truppen dort vor Ort Bereiche zugewiesen, wer welchen Bereich mit seinen zur Selbstverteidigung zur Verfügung stehenden Waffen abdeckt. Wir haben Entfernungen vereinbart, ab wann wir in die Luft, über die Köpfe, auf die Füße oder in den Körper schießen, und haben dann gewartet, ob die vorher noch anhalten oder nicht. Also, es sah so aus, als wenn sie das Gebäude erreichen würden. Die noch zur Verfügung stehenden Luftfahrzeuge - meistens Hubschrauber - sind dann kurz vor Erreichen des Gebäudes der Menschenmenge über die Gebäude geflogen und haben die Menschenmenge auf relativ geringer Höhe tatsächlich mit Hubschrauber-teilen abgedrängt, zurückgehalten, circa zehn Minuten, bis genügend Fahrzeuge da waren, um eine Postenkette zu bilden und die Menge dann von dem restlichen Teil des Flughafens zu trennen und dann in den nächsten Stunden sukzessive wieder in den Süden abzudrängen und die Landebahn wieder frei zu machen. Da sind auch diese öffentlich bekannten Bilder entstanden, dass sich Zivilisten an Flugzeuge gehängt haben und damit abgehoben sind.

Die Landebahn war nach der ganzen Aktion auch relativ verschmutzt und hat eine Zeit lang auch keine Flugzeuglandungen erlaubt und hat die ganzen Operationen eine gewisse Zeit verlangsamt und eingeschränkt. Aber glücklicherweise war die Entfernung groß genug, und es musste also von unserer Seite nicht reagiert werden.

Es war aber klar, dass - - Es wurde klar, dass die Lage selbst am Flughafen durch die militärischen Sicherungen nicht mehr möglich oder vorhersagbar gut ist. Und wir haben dann das restliche Material, was wir dabei hatten, noch in den nächsten Stunden vernichtet vor Ort und hatten dann sicherheitlich nichts Relevantes mehr da und hätten also auch leichter andere Teile des Flughafens erreichen können. Wir hatten einfach zu viel dabei, um auf einmal laufend und sich verteidigend irgendwo anders hinzukommen.



Nichtöffentlich

Die Lage hat sich dann über die Nacht beruhigt. Am 16.08. - - Entschuldigung, am 17.08., in der Nacht zum 17.08. kam der erste Bundeswehrflieger an. Es waren zwei in der Luft, die ankommen sollten. Der zweite hat es geschafft, zu landen. Der erste konnte aufgrund der unklaren Situation und der Landebahn nicht landen. Und wir haben das Personal, das Bundeswehrpersonal des Fliegers entgegengenommen, haben die in die Lage eingewiesen, haben denen noch das Gebäude, das Botschaftsangehörige noch bekommen konnten durch Zufall, den Truppen gezeigt und eine Einweisung dort gemacht. Und die haben dann in den nächsten Stunden, als weitere Bundeswehrkräfte ankamen, die Einweisung von denen übernommen, also haben die in die Lage dort eingewiesen.

Am Morgen zeigte sich, dass an dem nördlichen Tor Amerikaner einen Zugang geschaffen haben, also mit militärischem Personal vor dem Tor genügend Abstand frei geblockt haben. Es haben sich also da schon erste Afghanen, afghanische Zivilisten, und westliche Staatsangehörige eingefunden, die von Tag zu Tag mehr wurden: am Anfang einige Hundert, am Ende mit Sicherheit einige Tausend. An den Toren war - - In der maximalen Zeit konnte man sehen - das war mit einer Geländemarke -, dass also über 1,8 Kilometer auf der Breite von circa 10 Meter die ganze Straße mit Menschen voll war. Und die haben sich also da immer mehr angesammelt und haben auf das Tor gedrückt. Den Amerikanern ist es gelungen, so einen 2-Meter-Abstand frei zu blocken, um das Tor offen zu lassen, um möglichst kontrolliert und langsam Personen einzulassen.

Wir hatten kurz vorher unsere Ortskräfte und auch Personen, die mit uns in Afghanistan zusammengearbeitet haben und die keine Papiere hatten, die auf eine besondere Behandlung oder auf eine besondere Schutzwürdigkeit hindeuten könnten, die nur wir persönlich kannten, vor das Tor bestellt in eine gewisse Entfernung und haben gesagt, sie sollen da gedeckt sich irgendwo aufhalten, um durch uns ausgelöst dann die letzten paar Hundert Meter bis zum Tor zurückzulegen, dass wir die reinholen.

Die Bundeswehrkontingente waren die ersten Leute vor Ort. Die Lage drohte zu eskalieren, und das Tor sollte geschlossen werden. Und wir haben dann zu dritt versucht, da noch ein Lautsprechergerät, das ein Bundeswehrsoldat hatte, mit dem er auf Englisch auf die Menge eingeredet hat, zu einem US-afghanischen Übersetzer, der versucht hat, in der Postenkette die Menschen irgendwie zu informieren, was sie machen sollten - - Und konnten dann, glaube ich, dazu beitragen, dass das Tor zumindest offen bleiben konnte und nicht gestürmt wurde. Also, die Anweisung war an die Leute, sich hinzusetzen und keinen Druck auf das Tor auszuüben. Und an dem Tag hat sich dann die Lage zumindest so dargestellt, dass wir beginnen konnten, unsere Lokalbeschäftigten und unsere - ich nenne es jetzt mal - über keine Ausweise verfügenden eigenen afghanischen Leute, an denen wir Interesse hatten, in den Flughafen zu bringen. Die konnten allerdings die Postenkette nicht überwinden, weil sie sich nicht ausweisen konnten. Das heißt, wir haben langsam und dann immer mehr begonnen, mit der Postenkette auszumachen, dass wir durch die gehen in die Menschenmenge und diejenigen, die wir persönlich kannten, identifizieren, an uns festhalten und durch die Postenkette wieder reinbringen.

Möglich war das, weil die Amerikaner noch eine afghanische Spezialeinheit dabei hatten, die in der Menge stand und mit Peitschen und Fahrradschläuchen und - keine Ahnung, was das alles war - da eine Gasse - - Also, wir haben auf die Leute gedeutet, die wir haben mussten. Die haben wir am Anfang mit optischen Zeichen, also mit einem roten Schal oder roten T-Shirt, losgeschickt, dass wir die leicht sehen konnten, und haben dann auf die gezeigt, und dann wurde da so eine Gasse freigeknüppelt, durch die wir dann an die ran sind, haben die aufgenommen und haben die dann durch die Postenkette zurückgeführt und haben in den Tagen 17.08., 18.08. und 19.08. mit der Art und Weise, mit unterschiedlichen Farben und unterschiedlichen Erkennungszeichen es dann geschafft, unsere Lokalbeschäftigten, unsere Personen des Interesses, andere Staatsangehörige, deutsche Staatsangehörige da aus der Menge in den Flughafen zu bringen und dann auch den Entscheidern, die sie auf die



Nichtöffentlich

Flieger setzen konnten, die Leute vorzustellen und zu sagen: Das sind also welche, die wir gerne evakuiert haben möchten und die im Interesse der Bundesrepublik liegen. - Das ging manchmal besser, manchmal weniger gut, je nachdem, wie der Druck am Tor war.

Am zweiten Tag, noch am 17., haben wir noch andere Tore gesucht und haben noch ein Tor gefunden, das noch nicht bekannt war, und haben es über dieses Tor geschafft, etwas kontrollierter auch andere Ortskräfte von uns noch in den Flughafen zu bringen, die wir aus einer Außenstelle - - die in einer westlichen Stadt Afghanistans waren und die vorher etwas länger auf die Komplettierung ihres Ortskräfteverfahrens warten mussten, da reinzubringen - - Da hat uns die Bundespolizei noch sehr gut unterstützt. Und dann hatten wir diese Ortskräfte also komplett im Flughafen, und die konnten ausgeflogen werden.

Am 19. wurde das noch mal kurz unterbrochen, gab es noch mal eine Lageverschärfung, die darauf hingedeutet hat, dass die Taliban mit dem Vorgehen nicht mehr einverstanden sind und das beendet haben möchten. Das hat aber nur ein paar Stunden gedauert, und dann konnten wir da so weitermachen.

Und dann haben die Zwischentage sozusagen die Gelegenheit erlaubt, zu Hause noch besonders Schutzbedürftige zu identifizieren, die dann an uns übermittelt wurden und die wir dann zum Teil auch noch aus dieser Menschenmenge in den Flughafen holen konnten, also Menschenrechtler/-innen, Frauenrechtler/-innen und andere besonders gefährdete Afghanen, denen ein Schutzstatus noch zuerkannt wurde.

Am 20.08. wurde es immer schwieriger, da zu schleusen. Wir haben dann - - Ich habe dann selber noch mal mit ein anderes Tor erkundet, das sogenannte Abbey Gate. In der Nacht hat es da eine Vorverlegung von Schutzcontainern gegeben, die etwas mehr Raum freigemacht haben. Und da wurde der Eingang zu einem Hotel-Compound - oder zu einer Hotelliegenschaft - frei, in dem sich noch viele deutsche Staatsangehörige und Ortskräfte der Kreditanstalt für Wiederaufbau befunden haben. Die habe ich dann gefunden

und die an den General Arlt gemeldet, der in das Hotel Baron noch kam und die dann aufgenommen hat bzw. organisiert hat, dass die also mit Bussen den weiten Weg in den geschützten Teil des Flughafens noch fahren können.

Und wir haben dann vom Mutterhaus noch Informationen bekommen, dass die Gefährdung durch eine terroristische Gruppierung, die Anschläge auf den Flughafen plant oder vorhat, sich erhöht hat bis zum 20.08. Aufgrund dieser Info wurde das Nord Gate geschlossen. Und wir haben dann am 20.08. beschlossen, dass wir die Evakuierung auf die Art und Weise, wie wir es die Tage vorher gemacht haben, am Nord Gate einstellen und nur noch an anderen Toren machen.

Und am 21.08. kamen von Deutschland drei Kolleginnen und Kollegen, die meine zwei Mitarbeiter und mich vor Ort abgelöst haben. Und wir sind dann - - haben Übergabe noch gemacht am 21.08. und sind am 21.08. ausgeflogen und haben an das Nachfolgeteam übergeben, die bis zum 26.08. am Flughafen noch ähnliche Unterstützungsleistungen geleistet haben. - So viel zum Überblick.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Vielen Dank, Herr Zeuge, für die ausführliche Schilderung dieser dramatischen Tage.

Wir beginnen nun mit der Befragung. Zunächst ich als Vorsitzender, dann die anderen Mitglieder des Ausschusses.

Ich darf Ihnen noch mitteilen: Wenn Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht werden, dann wird der Fragesteller oder die Fragestellerin Ihnen das auf Wunsch auch vorlegen, sodass Sie einen Blick darauf werfen können zu der Sache, zu der Sie dann auch befragt werden.

Sie haben ja jetzt schon sehr detailliert die Dinge geschildert. Wir müssen uns durch den Ablauf ein bisschen durchhangeln. Aber ich würde Sie erst mal zu Beginn fragen: Wie lange waren Sie insgesamt, grob geschätzt, in Afghanistan im Einsatz?



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Ich war mit dem Thema Afghanistan beschäftigt seit 2012 in unterschiedlichen Aufgabenbereichen, sowohl vor Ort im nördlichen Teil Afghanistans für einige Jahre und dann auch von Deutschland aus, und habe im April 2021 meinen Dienstposten an der Außenstelle angetreten und - wird vielleicht später noch mal relevant - bin auch nach der Evakuierung und auch nach der Zeit, also nach der Untersuchungszeit des Ausschusses, wieder in Afghanistan gewesen. Ich erwähne es deshalb, weil es vielleicht Einfluss auf die eine oder andere Beantwortung der Fragen nehmen könnte. Also, ich habe auch noch nach dem Machtwechsel durchaus einigen Kontakt mit Taliban oder Afghanen, die vor Ort verblieben sind, gehabt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Sprechen Sie Dari?

Zeuge T. G.: Ansatzweise, ein wenig. Kami kami. [phon.]

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Vielen Dank. Dann hätte ich eine Frage zu den Liegenschaften. Sie haben beschrieben, dass sozusagen der Hauptteil der Aktivitäten in einem dislozierten Teil war - ich glaube, Sie haben es „Partikel“ genannt -, circa ein Kilometer weg von der Botschaft. Wie war die Aufteilung? Waren alle Kräfte an diesem Außenposten, oder war das aufgeteilt: Botschaft - Außenposten? Wie können Sie das beschreiben?

Zeuge T. G.: Also, der Außenposten war die ehemalige DDR-Botschaft und wurde in früheren Jahren von der deutschen Botschaft als Visastelle benutzt, bis 2017. Da ist ein größerer Anschlag erfolgt, und dann hat man diese Nutzung aufgegeben seitens der deutschen Botschaft. Und ab diesem Zeitpunkt war ein großer Teil des BND-Partikels in Kabul in dieser Liegenschaft befindlich - nicht ausschließlich, einige waren also auch noch an anderen Stellen unterwegs. Und wir hatten bis 2021 auch noch Vertretungen in anderen Städten in Afghanistan, die aufgrund der Konzentration auf Kabul nach und nach eingeklappt wurden.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Genau, eingeklappte Speichen. Haben wir hier auch schon oft besprochen. - Diese physikalische Trennung der Standorte oder des Standorts in Kabul, hat das irgendwie die Arbeit, Entscheidungsabläufe oder auch eine Evakuierungsplanung beeinträchtigt?

Zeuge T. G.: Nein. Die Evakuierungsplanung, die wir als BND-Partikel hatten, hing maßgeblich auch von der Evakuierungsplanung der Botschaft ab. Wir haben regelmäßig Ortstermine in der Botschaft wahrgenommen - in der heißen Phase täglich oder sogar mehrmals täglich - und hatten eine permanente IT-Anbindung und auch telefonische Anbindung über gesicherte Leitungen. Und beide Maßnahmen waren ausreichend, um die Dislozierung nicht zum Problem werden zu lassen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Gab es einen regelmäßigen, festen Austausch mit der Botschaft, mit dem Leiter der Botschaft?

Zeuge T. G.: Ja.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Die Notfallplanung haben Sie gerade angesprochen. Gab es einen festen Plan für Evakuierung Botschaft plus Außenstelle? Das war eine integrierte Planung?

Zeuge T. G.: Korrekt. Das war eine integrierte Planung. Wir standen zu allen Zeiten mit der Botschaft im Kontakt vor Ort. Es gab Kontakte zwischen AA und BND in Deutschland, und auf diesen Kontakten wurden sowohl Lagebilder als auch Notfallpläne ausgetauscht. Unsere Vorbereitungsmaßnahmen waren so, dass wir uns eine genaue Evakuierungsanweisung bis hin zu einzelnen Checklisten erstellt haben und in verschiedenen Stufen diese auslösen konnten. Wir haben das im Vorfeld, also von April bis August, mehrmals geübt mit dem vorhandenen, vor Ort befindlichen Personal, haben uns also so in unserem Bereich darauf vorbereitet, hatten dann am 10.08. ein lageangepasstes Stufenmodell, hatten am 13.08. entschieden, Personal auszufliegen, sobald möglich. Diese Maßnahmen haben sich eingebettet dann in die deutsche Botschaft. Also, der eine



Nichtöffentlich

oder der hauptsächliche Weg war, zuerst an die deutsche Botschaft zu fahren und dort im Schoß der deutschen Botschaftsangehörigen das Memorandum of Understanding mit der anderen Nation der Evakuierung zu nutzen und dort auch nicht als BND-Artikel sehr auffällig zu sein, sondern eben als Angehörige der deutschen Botschaft da aufzugehen oder auf den ersten Blick verborgen zu sein. Und allein aus dem Grund haben wir uns natürlich mit der deutschen Botschaft abgestimmt, weil der erste Schritt war bis zur deutschen Botschaft, und der zweite Schritt war dann mit der deutschen Botschaft in deren Notfallplänen dahin, wohin die evakuieren.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. Das heißt, auch Teil dieser integrierten Evakuierungsplanung war: Wenn eine Evakuierungsanweisung für die Botschaft kommt, ist automatisch der BND-Teil da mit einbezogen?

Zeuge T. G.: Weisungstechnisch nein, faktisch ja. Weisungstechnisch sollte das in Abstimmung mit dem Mutterhaus erfolgen, was aber auch natürlich ist. In dem Beginn der heißen Phase wurde mir aber von vorgesetzter Stelle eingeräumt: Wenn eine Verbindungsaufnahme mit zu Hause nicht mehr notwendig ist*, kann ich also vor Ort nach eigener Maßgabe entscheiden, in welcher Form und wann und mit welchen Mitteln wir wohin evakuieren. Also, wir hatten auch einen Notfallplan, um direkt von unserer Liegenschaft an den Flughafen zu fahren, wenn der Weg zur deutschen Botschaft blockiert gewesen wäre, und im Idealfall in Abstimmung mit zu Hause. Im Notfall - keine Verbindung - hätte ich vor Ort selbst entscheiden können, und dann wären wir abgerückt.

Ein Verbleib dort vor Ort ohne Botschaft wäre vielleicht möglich gewesen. Der wurde aber mit zu Hause nicht abgesprochen. Da gäbe es - - Dann hätte es keine medizinische Abstützung mehr gegeben, keine Notfallkomponenten, also gar nichts. Faktisch wäre das nicht möglich gewesen, und ich hätte das als Dienststellenleiter auch nicht gemacht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Botschaft hatte über einen längeren Zeitraum

versucht, einen von der angesprochenen Partner-nation unabhängigen Hubschraubertransport an den Flughafen umzusetzen. Wie haben Sie sozusagen diese Planungen und Überlegungen bewertet?

Zeuge T. G.: In der Vorbereitungsphase wäre es mit Sicherheit wünschenswert gewesen, eigene Kapazitäten zu haben, möglicherweise auch, um Ortskräfte transportieren zu können. Im Verlauf der Ereignisse hätte es dann tatsächlich keine Rolle mehr gespielt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Sie haben gerade die Ortskräfte angesprochen und auch dargestellt, dass Sie am 12.08. begonnen haben, sozusagen dieses Ortskräfteverfahren zu starten für die Ortskräfte Ihres Hauses. Wieso wurde das erst am 12.08. sozusagen überhaupt gestartet und nicht schon in dem Zeitraum davor?

Zeuge T. G.: Das ist teilweise zutreffend. Die Ortskräfte, die in den Außenstellen, die in Afghanistan verteilt waren, beschäftigt waren, waren schon länger im Ortskräfteverfahren, und die Ortskräfte, die noch als Lokalbeschäftigte bei uns in der Liegenschaft ihren Dienst gemacht haben, waren eben noch für die Arbeits- und Auftrags-erfüllung notwendig. Und der abgestimmte Wille bestand, so wir evakuieren, die natürlich mitzunehmen, um auch nach einem Weggang der internationalen Truppen nach dem 31.08. arbeitsfähig zu sein. Es war ja die Absicht, vor Ort zu bleiben. Wir brauchten natürlich auch die Lokalbeschäftigten weiterhin in einem Arbeitsvertrag mit uns. Und deswegen war es vor dem 12.08. einfach noch nicht beabsichtigt, die nicht mehr vor Ort zu beschäftigen und nicht mehr vor Ort ein Arbeitsverhältnis mit denen zu haben. Und deswegen war es nicht notwendig, die herauszubringen.

Wir haben aber gesehen, dass das Ortskräfteverfahren sehr lange dauert, vor allem der administrative Vorlauf. Und deswegen haben wir dann im Vorfeld abgestimmt, dass wir die mal schon in das Ortskräfteverfahren einsteuern, administrativ das erledigen lassen und die Ortskräfte bitten, weiterhin vor Ort zu bleiben und



Nichtöffentlich

für uns zu arbeiten und eben nicht das Verfahren tatsächlich auszulösen und nach Deutschland zu gehen, sondern für uns vor Ort tätig zu bleiben. Also es war diese Grätsche zwischen Arbeitsfähigkeit erhalten und essenzielle Fähigkeiten verlieren, ohne die man vor Ort nicht hätte arbeiten können.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Bei der Evakuierung dann erster Schritt von der Außenstelle zur Botschaft. Diese Evakuierung ist mit allen Ortskräften erfolgt, die zu dem Zeitpunkt an der Außenstelle waren?

Zeuge T. G.: Nein. Die Ortskräfte hatten wir ab dem 12. informiert, dass sie in das Ortskräfteverfahren jetzt aufgenommen werden. Wir haben vor, so lange wie möglich zu bleiben. Wir haben die Administration gemacht. Die waren normal im Dienst bei uns an der Außenstelle bis zum 15.08., 12 Uhr. Gegen 11 wurde klar, dass möglicherweise die Lage kippt und wir am Abend in die Botschaft verlegen. Und dann haben wir die Ortskräfte nach Hause geschickt mit der Vorbereitung, Gruppeneinteilung, Identifizierung Gruppensprecher und haben gesagt, sie sollen sich also an ihren Örtlichkeiten verborgen aufhalten. Wir werden die Lage beobachten. Und wenn der nächste Tag wieder Arbeitsfähigkeit hergibt und wir wieder Dienstlagebild, Zulieferung etc. machen können, dann würden wir sie informieren, und sie müssten wieder zur Arbeit kommen. Und wenn nicht, sollen sie also dort bleiben, sich aufhalten und uns verfügbar halten, um entweder zur Arbeit zu kommen oder irgendeine Evakuierung irgendwohin durchzuführen. Die waren also nicht bei uns im Evakuierungskonvoi dabei.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Mhm.

Zeuge T. G.: Das waren nur hauptamtliche deutsche Mitarbeiter der Außenstelle.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Alle Ortskräfte konnten aber auf dem beschriebenen Wege dann nach Deutschland gebracht werden, also mit und ohne sozusagen gültige Registrierung Ortskräfteverfahren etc.?

Zeuge T. G.: Die Ortskräfte, die bereits im Verfahren waren, die von der Außenstelle der anderen Stadt kamen - knapp 20, so ungefähr zwischen 16 und 18 -, die konnten in der einen konzertierten Aktion mit ihren Familienangehörigen in den Flughafen gebracht werden. Die kamen etwa zum 03.08. aus der Stadt nach Kabul, haben sich dann in Kabul aufgehalten, waren schon einige Monate im Ortskräfteverfahren, aber noch nicht ausflugsbereit. Also der Schritt des Ausfluges im Ortskräfteverfahren war noch nicht da. Die waren angenommen, und die kamen mit ihren Familienangehörigen und noch mehr Familienangehörigen, die nicht zur Kernfamilie zählen, nach Kabul am 03.08. Mit denen hatten wir Kontakt. Die konnten wir in der einen Aktion in den Flughafen bringen, und die Lokalbeschäftigten unserer Außenstelle haben wir in den Tagen sukzessive mit Masse am 17.08. reinholen können, und den Letzten hatten wir am 19.08. auf den Flughafen bringen können mit allen Familienangehörigen. Die sind also komplett ausgeflogen, ebenfalls die besonderen Personen mit Schutzstatus, aber ohne Nachweise, dass sie für Deutschland gearbeitet hätten. Die konnten auch komplett auf den Flughafen gebracht werden - diejenigen, die ausgeflogen werden mussten. Nicht alle; einige wollten wir vor Ort lassen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Vielen Dank. - Bei der Evakuierung hieß es zuerst: Es gibt keinen Platz oder keinen ausreichenden Platz für deutsche Kräfte. - Wie hat sich das dann vor Ort gezeigt? Konnten Sie das dann sozusagen einigermaßen organisieren für alle deutschen Kräfte? Oder haben Sie das jetzt, wie vorher dargestellt, nur für die BND-Kräfte organisiert?

Zeuge T. G.: Ich muss nachfragen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Gerne.

Zeuge T. G.: Sie meinten, es hieß - - Von welcher Seite hieß es das und zu welchem Zeitpunkt?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Ich verweise auf - - Moment - - Ich frage andersrum. Also, für Ihre Kräfte war sozusagen die



Nichtöffentlich

Platzfindung, die Zuweisung keine Frage. Sie haben ja vorher geschildert, Sie haben Kontakt mit der Lagerverwaltung aufgenommen und dann einen Platz zugewiesen bekommen.

Zeuge T. G.: Für die am Flughafen verbleibenden Teile, die die Evakuierung unterstützt haben - so interpretiere ich die Frage mal -, haben wir zusammen mit der Botschaft, mit den drei Botschaftsangehörigen, die verblieben sind, einen Platz gefunden. Er war - - Also, wir waren zu dritt auf einem Zimmer, und es gab für 20 Personen eine Toilette, aber in dem Fall ausreichend.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. - Ich habe hier eine grobe Karte des Flughafens. Die findet sich unter MAT A BND-3.212 VS-NfD, Blatt 162. Können Sie grob beschreiben vielleicht, in der Nähe zu welchem Gate die Unterkunft war?

Zeuge T. G.: Die Unterkunft war das Gebäude 508. Die war in der Nähe der Moschee am militärischen Teil des Flughafens und eigentlich am anderen Ende des Flughafens, des Nord Gates. Die Entfernung - ich müsste schätzen, ich weiß es nicht. Das müsste aus der Karte abmessbar sein. Wenn ich die Karte hätte, könnte ich auch mit dem Finger darauf zeigen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. - Ich würde zum Abschluss meiner ersten Runde noch mal kurz auf das Material eingehen. Wir haben ja sozusagen die Station Außenstandort, die Botschaft und dann den Flughafen. Am Außenstandort ist nichts zurückverblieben?

Zeuge T. G.: Nichts sicherheitlich Sensibles.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: An der Botschaft sind welche Güter zurückgeblieben?

Zeuge T. G.: Die wurden vernichtet vor Ort. Also vernichtete Teile sind vor Ort zurückgeblieben und sonst noch Dinge, aber nichts sicherheitlich Sensibles.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Welche Güter sind dann an der Botschaft zurückgeblieben?

(RD Michael Steppan
(BKAmT) meldet sich
zu Wort)

- Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAmT): Vielen Dank. Ich würde um Verständnis bitten, dass Einzelheiten zu dem Material - - dass dazu keine Auskunft gegeben werden kann, weil das natürlich Rückschlüsse auf die nachrichtendienstliche Ausstattung vor Ort zulässt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Selbstverständlich bitte ich den Zeugen, das im Rahmen der Möglichkeiten, die die Sitzung bietet, sozusagen grob zu beschreiben, aber nicht auf das Detail einzugehen. - Frau Kollegin.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich möchte die Bundesregierung daran erinnern, dass das Teil des Untersuchungsauftrags ist, auch herauszufinden, in welcher, ich sage mal, Metaebene, aber trotzdem in welcher Art Material und Dokumente vor Ort auch verblieben sind und wie sie gegebenenfalls zerstört wurden oder eben auch nicht, und welche Dokumentation dazu angefertigt wurde. Das ist explizit Teil des Untersuchungsauftrags.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Also, wir tasten uns langsam heran. Aber wir haben natürlich hier ein Format, und es gibt noch ein anderes Format. Das ist uns bewusst und, ich glaube, dem Zeugen auch sehr bewusst. Deswegen bitte ich um eine grobe Beschreibung im Rahmen der Möglichkeiten, die wir hier haben.

Zeuge T. G.: Also, in der Außenstelle ist nichts Sensibles zurückgeblieben außer vernichtete Dinge oder die Trümmer davon. In der Botschaft ist kein Material der BND-Außenstelle verblieben. Alles Material, was wir mitgeführt haben, war in den Kfz, die im RS HQ abgestellt wurden. Und was da genau drin ist, da würde ich auf den eingestufteten Teil mindestens verweisen.



Nichtöffentlich

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Die Güllegrube, die in den Unterlagen genannt ist, die befand sich wo?

Zeuge T. G.: In der Außenstelle.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Okay. Gut. Danke schön. - Dann würde ich es dabei belassen für die erste Runde. Und mein Vorschlag ist, dass wir in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen weitermachen und jetzt die SPD das Fragerecht hat. - Ich sehe keinen Widerspruch.

(Canan Bayram
(Bündnis 90/Die Grünen):
Interessanter Vorschlag!)

Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Diesen Fall hatten wir nämlich noch nie. Aber wir sind damit einverstanden, dass wir jetzt unsere Fragen beginnen.

Ich möchte zum Eingang Sie danach fragen, wie denn der Informationsfluss - teilweise hat der Kollege Erndl auch bereits danach gefragt - zwischen der Residentur und der BND-Zentrale in Deutschland zustande gekommen ist. An welche Stellen innerhalb des BND hat die Residentur berichtet? Erfolgte das regelmäßig auf Anfrage zu bestimmten Aufträgen, oder wie muss ich mir das vorstellen? Natürlich in allgemeiner Hinsicht, also nicht im Detail.

Zeuge T. G.: Alle angesprochenen Mittel von ihnen wurden genutzt in regelmäßiger Form, mehrmals täglich, in beide Richtungen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurden sie auch von Mitarbeitern der Botschaft zu bestimmten - - Gab es auch von Mitarbeitern der Botschaft zu bestimmten Entwicklungen Informationsanfragen an den BND, also im Hinblick auf - -

Zeuge T. G.: Ja, wir hatten mit der Botschaft immer ein regelmäßiges Format zweimal die Woche, was nur in Ausnahmefällen irgendwie ver-

ringert wurde, und zusätzlich noch anlassbezogen persönliche Treffen vor allem in dem Zeitraum, als die Lage dynamischer und unübersichtlicher wurde. Die meisten habe ich persönlich wahrgenommen mit einem Mitarbeiter, aber nicht alle. Wir hatten vor der Evakuierung - die fünf Tage vor der Evakuierung, mindestens die drei Tage vor der Evakuierung - täglich, an einem Tag zweimal täglich, Kontakt und persönlich, und ansonsten gab es also Telefon, auch mit der Möglichkeit, eingestufte Dinge zu transportieren, und auch ein E-Mail-System mit der Möglichkeit, bis zu einer gewissen Einstufung zu transportieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für diese Erläuterungen. - Ist es denn vorgekommen - und ich beziehe mich ausdrücklich auf den Zeitpunkt, wo Sie dann im April auch vor Ort in Kabul Ihren Dienst angetreten haben, in der heißen Phase - - Ist es auch da bereits vorgekommen, dass die Residentur und die Botschaft in Details oder auch allgemein unterschiedliche Lagebilder für sich entwickelt hatten?

Zeuge T. G.: Es ist oft vorgekommen, dass unterschiedliche Informationen vorlagen - naturgemäß, weil man ja an unterschiedlichen Sensoren sozusagen seine Informationen bekommt. Man hat die sehr offen ausgetauscht vor Ort, und zwar den Anteil, der für die eigene Situation und eigene Lage in Kabul vor Ort entscheidend war oder Auswirkungen hatte. Und es gab auch Abweichungen in der Interpretation des Lagebildes. Also, dass man das Lagebild selber unterschiedlich eingeschätzt hatte, würde ich verneinen. Aber man hat* es unterschiedlich interpretiert durchaus mal, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt ist es natürlich sprachlich durchaus interessant, den Unterschied herauszuarbeiten, was Interpretation ist und was Einschätzung ist. Ich halte das für ziemlich das Gleiche. Aber wir kommen nachher noch mal detailliert auf diese Fragen zurück.

Ich gehe davon aus, dass Sie auch mit den afghanischen Nachrichtendiensten zusammengearbeitet haben. Können Sie uns da auch in der gebote-



Nichtöffentlich

nen allgemeinen Darstellungsform erläutern, welche Qualität die von NDS bereitgestellten Informationen in der Regel hatten? Und es ist ja ein Geheimdienst, der wahrscheinlich in dieser Form nicht mehr - -

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich
zu Wort)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Herr Steppan wünscht das Wort. Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, wir würden bitten, auch diesbezüglich in das andere Format zu gehen, weil es um die Zusammenarbeit generell mit einem AND geht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Können wir es noch mal probieren, irgendwie ein bisschen anders formuliert?

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich die Frage noch allgemeiner formulieren: Erfüllten die Informationen, die Ihnen von diesem Nachrichtendienst gegeben werden, zumindest annähernd die Standards, wie Sie es von sich selber erwarten?

Zeuge T. G.: Also, ich würde versuchen, die Frage zu beantworten, würde mich aber gerne noch mal beraten vorher, -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Sehr gerne.

Zeuge T. G.: - was denn eingestuft sein müsste und was nicht und ob da eine Antwort möglich ist.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Sie dürfen sich kurz beraten.

Zeuge T. G.: Dürfte ich die Frage noch mal genau hören, bitte?

Jörg Nürnberger (SPD): Um die Frage doch wieder etwas weniger flapsig zu formulieren: Ist der Standard, die Qualität der Informationen, die

Ihnen vom afghanischen Geheimdienst zugänglich gemacht wurden, mit der vergleichbar, die Sie oder andere, eher westliche Dienste ebenfalls in Afghanistan zur Verfügung hatten?

Zeuge T. G.: Okay. Frage verstanden.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Machen Sie das Mikro aus. Sie können auch gerne nach hinten gehen - oder wie Sie das machen wollen.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand
sowie mit Vertretern des
BKAmtes und des BND)

Bitte schön, Herr G.

Zeuge T. G.: Also alles, was nicht technischer Natur war, konnte von dem afghanischen Dienst in ähnlicher Qualität wie von anderen potenten Diensten geliefert werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben vorhin selber davon gesprochen - und es ist auch hier im Ausschuss bereits mehrfach erwähnt worden -, dass Sie durch die Lageentwicklung gezwungen waren, die Speichen sozusagen einzuklappen. Hatten Sie, nachdem sich diese Speichen tatsächlich in dem eingeklappten Zustand befunden haben, Ihrer Meinung nach noch eine ausreichende Quellenlage, um ein umfassendes Lagebild zu erstellen?

Zeuge T. G.: Die Speichen wurden nicht eingeklappt aufgrund Lageentwicklung, sondern aufgrund Operationsplan oder strategischer Ausrichtung des Einsatzes. Es war politisches und Operationsvorhaben, aus der Fläche nach Kabul sich zurückzuziehen, gesteuert in den Jahren vorher, und dann eine Kabul-zentrierte Folgemission auch nach Weggang aller militärischen Truppen mit diplomatischen Mitteln - also alles, was keine Uniform trägt - weiterzuführen. Das Einklappen der Speichen war kontrolliert und anhand dieses Planes, nicht aufgrund der Lageentwicklung. Und wir haben unsere Auftrags-erfüllung an dieser geplanten Konzentration und Einklappen der Speichen ausgerichtet.



Nichtöffentlich

Natürlich ist der Moment, an dem eine Außenstelle schließt, oder vor allem auch die vorherige Phase schwierig, weil man Informationen für sich selber braucht und die Ressourcen einfach minimiert und sich die Anforderungen und die Ressourcen kontraindiziert nach unten und nach oben bewegen. Wir haben aber diesen Informationsverlust durch Weggang in der Fläche versucht so gut es geht mit anderen Mitteln, die uns im rechtlichen Rahmen zur Verfügung stehen - Sie wissen, eine Aufkommensart ist ein bisschen schwierig für Deutschland, ist mit sehr vielen hohen rechtlichen Hürden bewehrt - - haben wir versucht, so gut, wie es geht, aufzufüllen, und haben ein ausreichendes - aus meiner persönlichen Sicht ein ausreichendes - Lagebild aufrechterhalten, solange deutsche Kräfte vor Ort waren. Und als deutsche Kräfte da weggegangen sind, ist das Lagebild für Force Protection zum Beispiel in der Form nicht mehr erforderlich gewesen und war eher politischer und oberflächlicherer Natur, und das konnte in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Bezieht sich der letzte Teil Ihrer Aussage auch auf die Informationen aus den durchaus abgelegenen afghanischen Regionen? Ihre Bewertung.

Zeuge T. G.: Ja. Ich kann Ihnen auch ein Beispiel liefern. Die Ortskräfte der schon geschlossenen BND-Außenstelle im Westen Afghanistans haben sich dort noch befunden. Wir haben also noch ein Lagebild für diese - - oder aufgrund der Anwesenheit dieser Personen vor Ort gemacht und konnten mit denen einvernehmlich dann auch sagen, dass es wohl an der Zeit ist, sich zu überlegen, ob man aus dieser Stadt Richtung Kabul schon verlegt, auch wenn noch keine Flugtickets gebucht sind. Also, für die primären Aufträge; ja, und um zu entscheiden, ob eine Provinzstadt in Hände der Taliban gefallen ist, was das Relevante war: dafür auch, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie waren seit April in Kabul. Mitte Juli kam dann Herr van Thiel als stellvertretender Botschafter und Geschäftsträger nach Kabul. Der hat bereits nach wenigen Tagen die Lage der Republik Afghanistan so eingestuft, indem er von einer Verkürzung der Zeitachse des

Worst-Case-Szenario gesprochen hat und damit auch auf den Fall von Kabul und eine Notfall-evakuierung abgestellt hat. Zum Beispiel heißt es in einer E-Mail von Herrn van Thiel vom 23.07. - also da war er noch keine zwei Wochen da - an das AA und die Kolleg/-innen der Botschaft unter MAT A BMZ 3.141 VS-NfD, Blätter 834 bis 836:

„Die sog. „Republik“ befindet sich militärisch im Endspiel, fraglich ob USA noch eine Verlängerung herbeibomben können.“

Und als Handlungsempfehlung schreibt er dort:

„- Wir müssen beschleunigen.
Die Zeitachse insb. für den Worst-case verkürzt sich spürbar.“

Ist Ihnen diese Nachricht auch zur Kenntnis gekommen?

Zeuge T. G.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie haben Sie diese Darstellung von Herrn van Thiel bewertet?

Zeuge T. G.: Meine Aufgabe war die Residentur, also die Außenstelle, in Kabul; also war für mich relevant der Anteil, der Kabul betrifft. Ob die Taliban nun in der Peripherie schneller vorgehen oder nicht, hat die Analyseabteilung meines Hauses gemacht. Für mich waren die Kabul-anteiligen Informationen interessant. Und wir hatten immer das Lagebild, dass neben einer militärischen Einnahme Kabuls durch die Taliban, die nicht ausgeschlossen wurde, aber in einem gewissen Zeitrahmen für nicht gewollt durch die Taliban erachtet wurde, Kabul auch fallen kann durch die Tätigkeiten der vorhandenen westlichen Nationen, sogenannte Lage Blau. Und ein Dominoeffekt wurde relativ früh eingeführt, der dann auch tatsächlich zu den Ereignissen geführt hat. Und das war das, was mich als Außenstellenleiter tatsächlich interessiert hat, wo ich Auskunft geben kann. Und aus meiner Sicht hatte ich da mit dem stellvertretenden Botschafter keine Lageabweichung.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben gerade angeführt - und ich bitte, das nur noch zu bestätigen -, dass Ihrer Einschätzung nach oder der Einschätzung des BND nach die Taliban gar kein Interesse an einer kurzfristigen Einnahme von Kabul hatten. Habe ich Sie da insoweit richtig verstanden?

Zeuge T. G.:

Und alle Taliban haben erwähnt, dass sie selber überrascht waren, am 15.08. in die Stadt gerufen worden zu sein, um da für öffentliche Sicherheit zu sorgen. Es war ein Zusammenbruch der afghanischen Sicherheitskräfte, der für eine gewisse Zeit ein Vakuum hinterlassen hat, und die Taliban haben das gefüllt. Und sie waren - im Nachgang haben sie das zumindest ausgesagt - selbst überrascht davon.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben gerade angeführt, dass Sie nach Kabul hineingerufen wurden. Wer war denn, soweit Sie Kenntnis darüber verfügen, der Rufer?

Zeuge T. G.: Das haben sie nicht dazu gesagt. Das kann ich nicht aussagen. Ich weiß, es gibt Vermutungen, aber da will ich mich jetzt nicht beteiligen, an Vermutungen. Die Taliban selber haben immer gesagt, sie wurden nach Kabul reinggerufen, um dort für Ordnung zu sorgen. Und die erlebten Umstände während der Evakuierung negieren das zumindest nicht. Also, die afghanische Zivilbevölkerung hat Banken gestürmt. Und ich hatte ja eingangs gesagt: Unsere Außenstelle war in den afghanischen Nachrichtendienst integriert. Das heißt, wenn man da rein- und rausgefahren ist, hat man immer afghanische Nachrichtendienstler in der Bewachung des Compounds gesehen. Am 15.08. waren die um 5.30 Uhr da, um 6.30 Uhr waren die da, um 10.00 Uhr waren die da, um 11.00 Uhr waren die da. Um 12.05 Uhr waren alle weg - alle.

Jörg Nürnberger (SPD): Wissen Sie, wann der Präsident Ghani das Land verlassen hat?

Zeuge T. G.: Habe ich nur im Nachhinein mitbekommen. Ich habe es selber vor Ort nicht erfahren, erst als ich wieder in Deutschland war. Mir ist jetzt der genaue Moment nicht bekannt.

Ich glaube, es war am Vormittag des 15.08. Das ist aber Spekulation jetzt; ich weiß es nicht genau.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen wir das mal dahingestellt: dass es offensichtlich genau zwischen dem Zeitpunkt war, wo Sie noch Wächter gesehen haben, und da, wo dann plötzlich alle weg waren.

Zeuge T. G.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber wieder zurück zu meinen Fragen. Es gibt einen Bericht, den ebenfalls der Herr van Thiel schickt, und zwar beziehe ich mich hier auf MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blatt 33 bzw. 30 bis 33. Da gibt es eine Passage:

„- Übereinstimmend alle: wenn insb. Kandahar oder Herat fielen (in Herat Gerüchte über Verhandlungen zur Übergabe, aus Kandahar angeblich Aufforderungen aus Bevölkerung an ANDSF Stadt zu verlassen, vor dem Hintergrund von Konflikten bzw. Deals zwischen den Paschtunen Stämmen); wäre es das pol. Ende für die Republik; fraglich ob sie dann noch Widerstand in KBL versuchen wolle.“

Darauf reagiert der von Ihnen ja schon erwähnte Abteilungsleiter bzw. die Abteilung LB in MAT A BND-3.208 VS-NfD, wieder die gleichen Blätter, 30 bis 33, - ich zitiere -:

„Diese Prognose eines schnellen Zusammenbruchs auch in Kabul suggeriert - wie auch andere Passagen im Protokoll (S. 2 oben: "nur noch Stunden") -, dass noch im Laufe des August die Taleban ihre Fahne in der Hauptstadt hissen. Das sehen wir ein bisschen anders, oder?“

Wie sahen Sie es denn?

Zeuge T. G.: Dürfte ich das Schriftstück mal sehen? Dann kann ich es genauer - -



Nichtöffentlich

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Auf welcher Seite haben Sie es? Ich kann es nicht sehen. - Danke. Wir haben es gefunden.

Jörg Nürnberger (SPD): Auf Seite 30 und 33.

Zeuge T. G.: Also, wir haben es in der Tat anders gesehen, und zwar mit der höchsten, also mit der höheren Wahrscheinlichkeit. In unseren Berichtserstattungen war aber immer auch genannt, dass wir einen schnelleren Zusammenbruch nicht ausschließen. Und bis zum Schluss haben die Taliban Kabul nicht militärisch eingenommen - und das war, glaube ich, das Szenario, was der stellvertretende deutsche Botschafter meinte -, sondern die Taliban sind in die Stadt eingerückt, nachdem die afghanischen Sicherheitskräfte implodiert sind, sich aufgelöst haben. Und ob die nun militärisch vor Ende August hätten einrücken können oder nicht, glaube ich, wird kein Mensch mehr jemals festlegen können.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir können ja diese Entwicklung weiter vorantreiben. Sie haben auch offensichtlich gelegentlich mal unterschiedliche Begriffe verwendet. Es gibt zum Beispiel eine BND-Morgenunterrichtung vom 09.08; also, wir sind schon sehr nah dran. - Nein, ich habe noch eine andere Frage vorher.

Sie haben gerade dargestellt, dass Sie auch auf diese Alternativszenarien hingewiesen haben. Erinnern Sie sich, wie in Ihren Berichten, an welcher Stelle und mit welcher Hervorhebung oder Nichthervorhebung, auf diese Alternativszenarien hingewiesen wurde oder auf die Möglichkeit, dass andere Ereignisse auch eintreten können?

Zeuge T. G.: In den BND-Unterrichtungen an die anderen Ressorts: Nein, die lese ich ab und zu. Also, wir liefern dazu zu, wir liefern einzelne Splitter zu. Zu Hause wird es zum Lagebild verarbeitet. Und die Produkte habe ich zu der Zeit vor Ort, wenn möglich und wenn gängig, gelesen. Das Eigenaufkommen hat sich in den Tagen etwas gesteigert, dass ich die also selber entweder

nicht mehr lesen konnte oder jetzt nicht mehr innerlich habe.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist durchaus nachvollziehbar. Jetzt komme ich zu der von mir bereits zitierten BND-Morgenunterrichtung vom 09.08., MAT A BND-3.14 VS-NfD, die Blätter 170 bis 172. Da steht drin, und da ist das Wort gewählt:

„Ein koordinierter Angriff gegen die Hauptstadt Kabul ist kurzfristig unwahrscheinlich.“

Auch im Protokoll der Lage- und Steuerungsgruppe Afghanistan/Pakistan vom 10.08, also am Tag später, heißt es noch in MAT A BND-3.159 VS-NfD auf Blatt 121:

„Ein Taleban“

- und dann wird der Begriff gewählt -

„„Sturm auf Kabul“ wird hier zeitnah bzw. kurzfristig nicht gesehen ...“

Ist es die gleiche Terminologie, oder ist es eine unterschiedliche Bewertung? Gibt es einen Unterschied zwischen „koordinierter Angriff“ - ich stelle meine Truppen auf, gebe ihnen Bereitstellungsräume, und dann gibt es irgendwann den Angriffsbefehl - - Oder ist ein „Sturm auf Kabul“ noch mal was anderes?

Zeuge T. G.: Kann ich nicht bewerten. Also, ich habe zwar soldatischen Hintergrund, aber ich weiß nicht, ob die beiden Begriffe jeweils definiert sind. Und ich weiß nicht, ob zwischen den gültigen Definitionen ein Unterschied ist. Da kann ich keine Auskunft zu geben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, das ist eben genau eine der Schwierigkeiten, die wir herausarbeiten wollen: dass die Begrifflichkeiten zum Teil eben sehr fix definiert waren. Was diese Wahrscheinlichkeiten zum Beispiel angeht, da gab es eine genaue Definition. Und anderweitig gab es offensichtlich eher wenig definierte Begriffe.



Nichtöffentlich

Aber lassen Sie uns fortfahren. Waren Sie an der Definition der sogenannten Kippunkte bzw. an der Erstellung dieser Systematik beteiligt?

Zeuge T. G.: Indirekt mit Sicherheit. Wir haben Lageinformationen an die Analyse gegeben. Aber an der wörtlichen Bestimmung dieser Kriterien war ich persönlich nicht beteiligt, aber habe zugeliefert, um die vielleicht festlegen zu können, oder zumindest meine Dienststelle. Also, ich persönlich vielleicht da weniger.

Jörg Nürnberger (SPD): Wann sind Sie ganz persönlich aufgrund Ihrer vor Ort gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse davon ausgegangen, dass die Übernahme von Kabul unmittelbar bevorsteht?

Zeuge T. G.: Circa zehn Sekunden, nachdem wir aufgefordert wurden, am 15.08. an die Botschaft zu kommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich die Frage auch gleich anschließen: Hatten Sie vorher keine durch Ihre Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse darüber, dass diese Situation kurzfristig eintreten kann?

Zeuge T. G.: Also, wir haben immer mit dem sehr unwahrscheinlichen Fall gerechnet, dass so was eintreten kann. Dass die afghanischen Streitkräfte, die Sicherheitskräfte, sich in 120 Minuten auflösen, damit haben wir nicht gerechnet; also damit habe ich persönlich nicht gerechnet. Ich weiß nicht, ob jemand anders damit gerechnet hat; aber ich persönlich habe damit nicht gerechnet. Und wir haben am 15.08. noch öfter Kontakt mit dem afghanischen Dienst gehabt, der gesagt hat: Kabul ist mindestens noch 48 Stunden sicher. - Und weniger als zwei Stunden später war keiner von denen mehr da. Also nein, mit diesem Verlauf habe ich niemals gerechnet. Aber wir waren darauf vorbereitet, auf den Fall, dass wir jederzeit kurzfristig und in kurzer Zeit evakuieren konnten.

Jörg Nürnberger (SPD): Das haben Sie uns auch sehr eindrücklich geschildert, dass das ja dann auch funktioniert hat.

Ich komme noch mal zurück auf den 12.08. Sie haben ja gerade vom 13. gesprochen, aber ich komme zurück auf den 12.08. Am frühen Abend oder dann etwas später am Abend kommt ein neues Lagebild des Herrn van Thiel, das er in MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blatt 126, schildert:

„Alarmstufe dunkelgelb, schaltet jetzt auf orange-rot; wir kommen in die hellroten Töne hinein“

Also eine bisschen andere Begrifflichkeit. Und er berichtet von einer Entscheidung Großbritanniens, an den Flughafen zu verlegen. Er schreibt:

„... wegen akuter Verschlechterung der Si-Lage absehbar - es zieht sich zu, Blitz und Donner für die nächsten Tage erwartet - in Stadt und bereits eingetreten in Land (die Provinzdominos fallen, TLNB „marschieren“ Richtung Kabul ...“

Außerdem:

„In Si-Kreisen ziehen US-Abzugspläne Kreise. In 7-14 Tagen, so wird aus angeblich gut unterrichteten Quellen berichtet, wollen die Amis raus sein.“

Hatten Sie Erkenntnisse darüber? Oder anders formuliert: Die Bewertungen, die Herr van Thiel hier schildert: Waren Ihnen ähnliche Bewertungen von diesen befreundeten Diensten oder aus Quellen, die diesen befreundeten Diensten nahe stehen, bekannt? Oder noch einfacher formuliert: Hatten Sie die gleichen Informationsquellen wie Herr van Thiel?

Zeuge T. G.: Herr van Thiel hat seine Lageeinschätzung mit uns geteilt in diesen regelmäßigen Sitzungen; also wir hatten das Lagebild von ihm bekommen. Wir hatten in der heißen Phase versucht, weiterhin intensiven Kontakt mit den großen Partnern zu halten. Mit der einen Nation ging es ein bisschen erfolgreicher, mit einer anderen Nation weniger erfolgreich. Wir haben uns am - - wenige Tage vor dem 12.08. mit einer potenten Nation getroffen, uns tief in die Augen



Nichtöffentlich

geblickt und gesagt: Wir halten uns über alle Lageentwicklungen informiert. - Das war allerdings der letzte Kontakt, den ich mit dieser Nation in Kabul hatte. Die haben also nicht mal mehr Bescheid gesagt, dass sie abgezogen sind. Und andere Nationen haben uns informiert, dass sie in Kabul bleiben wollen, dass sie die Personenanzahl in ihren Standorten reduzieren oder temporär an den Flughafen verlegen und auch über den 31.08. hinaus beabsichtigen zu bleiben, wenn es die Lage zulässt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Danke schön. - Das Fragerecht geht über zu Bündnis 90/Die Grünen.

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nicht die CDU noch mal?)

- Das passt schon. Ich habe sozusagen jetzt den ersten Slot gemacht, habe sozusagen den Teil der Union damit abgedeckt.

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hätten Sie das mal gesagt! -
Heiterkeit)

Deswegen geht es mit euch weiter. Wer ergreift die Initiative? - Frau Kollegin Nanni. Bitte schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend auch von mir!

Zeuge T. G.: Guten Abend!

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich würde - die Kollegen kennen das schon - in bekannter Manier noch mal auf das eingehen, was Sie schon gesagt haben, und das eine oder andere noch mal nachhaken.

Sie haben erzählt, dass Sie Notfallpläne - im Plural - ausgearbeitet haben ab Anfang 08, die auch geübt worden sind später, und da war alles dabei zwischen Verbleib und komplette Evakuierung. Können Sie für die einzelnen Stufen definieren, welche Trigger welchen Notfallplan ausgelöst hätten?

Zeuge T. G.: Was meinen Sie mit „Trigger“?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen ja als Dienststellenleiter die Entscheidung treffen: Welcher Notfallplan zieht jetzt? - Und das haben Sie ja sicherlich anhand von Kriterien auch niedergeschrieben. Die würde ich gerne wissen für die verschiedenen Stufen.

Zeuge T. G.: Die kann ich in der Komplettheit nicht aufzählen. Ich könnte Ihnen einzelne Beispiele nennen, um vielleicht die einzelnen Stufen irgendwie greifbarer zu machen; aber die Komplettheit ist mir jetzt nicht möglich ohne Unterlagen hier.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Unterlagen. - Können Sie sich noch erinnern, welche Bedingungen notwendig und hinreichend hätten erfüllt sein müssen, um eine vollständige Evakuierung einzuleiten?

Zeuge T. G.: Ja. Die Nichtfunktionalität des Flughafens in Kabul als einzige Möglichkeit, noch aus dem Land rauszukommen, weil der Landweg mit Sicherheit nicht mehr möglich war; ein anderes Beispiel: der komplette Wegfall der medizinischen Kapazitäten, der mit dem Weggang der militärischen Kräfte sehr minimiert gewesen wäre; und - im Vorfeld haben wir ja Alternativen dafür gesucht, um nach dem 31.08. bleiben zu können - eine wesentliche Einschränkung der Bewegungsmöglichkeit in Kabul, um zum Flughafen zu kommen. Das sind jetzt die, ich sage mal, gängigen. Und natürlich ein Sturm auf Kabul. Wenn der tatsächlich erfolgt wäre, ein militärischer Sturm, dann hätte man auch evakuiert. Das sind die.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin dargestellt, wie die Pläne auch eingebettet waren in die Pläne der Botschaft. Und wir haben auch heute schon von anderen Zeugen und auch von Ihnen noch mal von dem Memorandum of Understanding mit den USA gehört. „Die USA evakuieren“ war also in Ihrer Planung keine hinreichende Bedingung für das Auslösen einer vollständigen Evakuierung.



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Die USA haben nicht evakuiert, sondern die haben relociert, und zwar ihr Standbein in der Green Zone an den Flughafen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann ich es noch mal neu formulieren: Die Tatsache, dass die USA sagen: „Entweder ihr kommt jetzt von der Green Zone mit rüber oder halt nicht“, war das eine hinreichende Bedingung in Ihrer Notfallplanung für die komplette Evakuierung?

Zeuge T. G.: Das war am 15.08. das Wording der Amerikaner: Entweder ihr kommt jetzt in 30 Minuten oder nicht. - Und dann sind wir tatsächlich in 30 Minuten angekommen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich so verstanden. Was ich nicht verstanden habe, ist, ob das in Ihrer Planung für die vollständige Evakuierung sichtbar war als hinreichende Bedingung, weil dann erledigen sich ja ganz viele andere.

Zeuge T. G.: Ja, war mit Sicherheit wahrscheinlich die digitalste ausreichende Bedingung. Wir haben uns auf das Memorandum of Understanding verlassen, dass die uns also bis zum Flughafen bringen und evakuieren. Und wenn die gesagt hätten: „Entweder jetzt kommt ihr mit, oder wir machen es nicht mehr“, dann wären wir gegangen. Das war ein sine qua non. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es in dem Memorandum of Understanding auch Absprachen dazu, wie Informationen geteilt werden? Sollte sich an dem Zeitplan der Amerikaner was ändern?

Zeuge T. G.: Das ist mir jetzt ad hoc nicht bekannt, aber dürfte aus dem Memorandum of Understanding hervorgehen, das mit Sicherheit vorliegt. Ich weiß es wirklich nicht ad hoc jetzt. Ich weiß es nicht, ob da genaue Absprachen waren, wer wann wie in welcher Form Lageentwicklungen weitergibt. Kann ich nicht sagen.

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich
zu Wort)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Vielen Dank. - Ich würde mich sehr täuschen, wenn das Memorandum of Understanding nicht Geheim eingestuft wäre. Und von daher könnten wir nur in eingestufte Sitzung auf eventuelle Absprachen oder den Inhalt eingehen.

(Stefan Keuter (AfD): Das
ist VS-NfD!)

- Okay. Dann ziehe ich das zurück.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für mich war jetzt wichtig, rauszuarbeiten, dass der amtierende Leiter der Residentur in Kabul anscheinend in einer Situation, wo die Verlegung der USA quasi eine hinreichende Bedingung für die eigene Evakuierung ist, zumindest jetzt heute nicht mehr erinnerlich hat, ob es damals eine Vereinbarung gab, wie man solche Informationen mit den Partnern dann auch tauscht. Aber das haben Sie ja jetzt an der Stelle auch dargelegt.

Ich springe einmal zum Flughafen. Sie haben ausgeführt, dass, als Sie dann zum Flughafen verlegt hatten, der Kontakt zum Mutterhaus schwer war, aber stattgefunden hat. Können Sie uns ein bisschen noch ausführen, mit wem Sie Kontakt hatten im Mutterhaus am 15. nachmittags und worüber Sie sich mit dem Mutterhaus ausgetauscht haben? Insbesondere würde mich interessieren, wofür sich Ihre Gesprächspartner aus sich heraus interessiert haben. Was wollten die von Ihnen wissen?

Zeuge T. G.: Erste Frage war die Befindlichkeit der eigenen Mitarbeiter, ob Leib und Leben uneinträchtigt sind. Das Zweite waren das Befinden der Afghanen ohne Ausweispapiere, die wir für Informationsbeschaffung nutzen, und Ortskräfte, die Möglichkeiten des Handelns, die uns vor Ort noch geblieben sind, um abzuleiten, was man weiterhin noch machen kann, Kontakthaltungsmöglichkeit. Ich muss aber dazu sagen: Vollumfänglich kann ich mich an diese Gespräche vor mehr als zwei Jahren nicht mehr erinnern. Aber



Nichtöffentlich

das sind die, die mir auf jeden Fall im Gedächtnis geblieben sind. Natürlich auch, wo die Botschaft befindlich ist, wie wir zum Flughafen gekommen sind.

Und dann wurde auch in einem zweiten Teil der Gespräche versucht, so viele Informationen wie möglich von zu Hause zu uns zu transportieren, welche Entscheidungsfindung wann ungefähr stattfindet, also: Es gibt eine Krisenstabssitzung. Die Pläne, ein KUT-Team und Bundeswehr ins Land zu bringen, waren aus dem Vorfeld bekannt. Da gab es eine Aktualisierung, wie es darum steht. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn noch sagen, mit wem Sie am 15.08. nachmittags gesprochen haben, nicht den Namen vielleicht, wenn es nicht möglich ist, sondern die Position?

Zeuge T. G.: Mit mehreren Personen. Das eine war Ebene Referatsleitung. Das Nächste war Ebene - - Am 15. - - Wir haben vorher noch mit den Analysten - - Das haben wir am 15. nicht mehr gemacht. Mit der Leitungsebene ab dem 15. zunehmend und mit einer 24/7-Stelle im Dienst, die dann die Informationen verteilt, also ein Lagezentrum.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann haben Sie uns bei den Ausführungen noch einen kleinen Cliffhanger gegeben -

Zeuge T. G.: Super.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja, genau; da frage ich jetzt nach -, als Sie gesagt haben, zwei Deutsche haben Sie zum Flughafen gelotst, und: Darüber werden wir ja sicher nachher noch reden. - Ich glaube, die Sprache ist noch nicht darauf gekommen. Können Sie vielleicht noch mal ausführen, warum das ein interessanter Vorgang sein kann.

Zeuge T. G.: Die Tätigkeitsbereiche der verschiedenen deutschen Kräfte, die am Flughafen waren, haben an verschiedenen Punkten aufgehört. Die unterschiedlichen Ressorts haben unterschiedlich weit nach außen gehen dürfen oder haben

das für sich so festgelegt. Vor den Toren befanden sich BND-Angehörige und ein deutscher Zivilist, der aufgrund seiner langjährigen Standzeit in dem Land und seiner außerordentlich guten Sprachkenntnisse vor Ort zwischen Menschenmenge und Tor die ganzen Tage dafür gesorgt hat, dass Dari sprechende Leute, die sich ausweisen oder argumentativ darlegen konnten, dass sie entweder einen Pass haben oder zu den Ortskräften gehören - - dass viele von denen die Hürden der US-Linien überwinden konnten, die natürlich Tausende Argumente hörten und einfach nicht in der Lage waren, die zu distinguieren. Und da hat die ganzen Tage einer von diesen beiden Evakuierten vor dem Tor Essenzielles und durchaus Wesentliches geleistet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch kurz ausführen, welche Teile der Deutschen wie weit gehen durften? Also BND, nehme ich an, am weitesten. Das haben Sie ja auch schon dargestellt.

Zeuge T. G.: Ja, das müssen Sie - - Also, ich bin nicht zuständig, für die anderen zu sprechen. Ich glaube, das müssen Sie andere fragen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es ja beobachtet. Also, wenn es Teil Ihrer Beobachtungen vor Ort war, dann ist es auch Gegenstand der Befragung.

Zeuge T. G.: Ja. Die BMVg-Truppen sind am ersten Tag, zum Teil, um Erkundung durchzuführen und sich die Lage anzuschauen, bis kurz vor das Tor gegangen, im weiteren Verlauf nicht mehr vor das Tor, sondern sind also maximal - - „Tor“ ist eine relative Einschätzung, der Aufbau ist: Menschenmenge, US-Postenkette, erstes Tor der Schleuse, eine Schleuse, die circa fünf Fahrzeuge lang ist, zweites Tor der Schleuse, ein längerer Fußweg um mehrere Ecken, ein weiteres Tor, in diesem Tor die Registrierungsschleuse der deutschen Kräfte, wo die Leute hingeführt wurden und dann sich haben registrieren lassen, nach dieser Registrierungsschleuse: Sammelpunkt. Und da wurden die dann durch Busse abgeholt und in den Flughafen gebracht in Wartezonen, um dann in die Flugzeuge zu steigen.



Nichtöffentlich

Die militärischen Truppen durften bis zum äußersten Tor - ich nenne es jetzt mal das erste -, das am weitesten außen liegt. Die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes wurden von den Bundespolizisten zur Erkundung bis zum Tor geleitet - in einigen Erkundungsgängen -, um einfach zu schauen, wie das vorn funktioniert, um sich zu überlegen, wie man am besten die Registrierung oder Entscheidung machen kann, ob die zur Liste gehören, ob die zum entitled, zum -

(Der Zeuge überlegt)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zugangsberechtigt?

Zeuge T. G.: - zugangsberechtigten - vielen Dank - Personenkreis gehören. Die Bundespolizisten: lageabhängig. Deren Auftrag war ja, die Personen des Auswärtigen Amtes zu schützen. Die waren also bei denen dabei, und die haben uns in Einzelaktionen - wenn sie Zeit hatten und von ihrem ursprünglichen Auftrag noch teilweise erübrigt werden konnten - unterstützt, zum Beispiel bei dieser kompletten Reinholung an einem anderen Gate. Da waren die also mit dabei. Also, ich sage mal: Jeder hat versucht, seine Maßgaben so gut es ging auszunutzen. Und grundsätzlich, glaube ich, habe ich diese Grenzen beobachtet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wir sind durch. - Und es geht dann weiter mit der AfD. Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr G.! Schön, dass Sie uns zu dieser vorgerückten Stunde hier noch zur Verfügung stehen. - Ich möchte mit Ihnen über das Doha-Abkommen zuerst sprechen. Die USA haben sich ja verpflichtet, den Taliban Standorte deutscher Truppen und deren Bewegungen in Afghanistan mitzuteilen. Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt?

Zeuge T. G.: Der Sachverhalt ist mir bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Haben Sie Kenntnis darüber, ob die USA nur einmalig oder mehrfach oder fortlaufend gemeldet haben an die Taliban?

Zeuge T. G.: Keine Kenntnis.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie, in welchem Umfang gemeldet worden ist?

Zeuge T. G.: Weiß ich nicht. Ich hoffe aber, dass in dem Umfang gemeldet wurde, dass internationale Truppen den Taliban bekannt waren und die ihre Zusage einhalten konnte, diese nicht zu attackieren.

Stefan Keuter (AfD): Haben Sie Kenntnis darüber, ob die deutsche Bundesregierung die US-Regierung darum bat, die Weitergabe dieser sensiblen Informationen über die Bundeswehr an die Taliban zu unterlassen, etwa in der sensiblen Phase vor dem 1. Mai 2021, als die Taliban-Führung bereits Angriffe auf das deutsche Feldlager in Masar-i-Scharif genehmigt hatte, wie aus Fundstelle MAT A AA-8.501 VS-NfD, Blatt 4 hervorgeht?

Zeuge T. G.: Keine Kenntnisse über Aktionen der Bundesregierung.

Stefan Keuter (AfD): Na, da kommen wir ja richtig zügig hier voran. Das ist gut. - Bekanntlich haben die Taliban bereits kurze Zeit nach dem Doha-Abkommen eine Generalamnestie für afghanische Ortskräfte und Republikaner erlassen und diese im Verlauf des Untersuchungszeitraums immer wieder bestätigt und erneuert. Wir wissen auch, dass die Taliban gegenüber Vertretern des Auswärtigen Amtes die Straffreiheit von Ortskräften garantierten - vergleiche Fundstelle MAT A GIZ-3.37, Blatt 49. Wie wir inzwischen wissen, haben sich die Taliban daran auch gehalten. Ein Beamter aus dem Referat LBA - also Auswertung bei Ihnen aus dem Hause - hat vor diesem Untersuchungsausschuss zur Verlässlichkeit von Taliban-Ankündigungen gesagt - Zitat aus dem Protokoll der UA-Sitzung vom 26.01.23, Seite 34 -:

„Wir haben auch gesehen, wenn die Taliban angekündigt haben:



Nichtöffentlich

„Wir machen eine Waffenruhe“, dann wurde die Waffenruhe auch eingehalten ... Die Taliban hatten ein Verbot rausgegeben, die Koalitionskräfte anzugreifen aufgrund des Doha-Abkommens. Das wurde eingehalten. Also nach unserer Bewertung waren die Taliban sehr verlässliche Vertragspartner, die sich aber auch an den Wortlaut dieser Abmachung gehalten haben ...“

Dazu die Fragen: Für wie wahrscheinlich hielten Sie es in den Jahren 2020 und 2021, dass sich die Taliban entgegen ihrer vielfachen Ankündigung, Ortskräften Straffreiheit zu geben, doch an Ortskräften vergehen würden?

Zeuge T. G.: Können Sie mal einen Prozentsatz einführen? Also, wenn man jetzt sagt, die Taliban sind verlässlich, wie viel Prozent beinhaltet das genau? 100? Oder gibt es also eine Masse, die wahrscheinlich in jedem Rechtsstaat vorkommt: Es gibt Recht und Gesetz, und nicht jeder hält sich daran. Und dann gibt es eine Sanktionierung und eine Gerichtsverhandlung, und dann gibt es eine Folge.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen Fälle bekannt, wo sich Taliban an diese Vorgaben ihrer Vorsetzten nicht gehalten haben? Mal so gefragt.

Zeuge T. G.: Es gibt Fälle, in denen sich Taliban an die Vorgaben nicht gehalten haben, ja, Einzelfälle, zahlenmäßig gering.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen diese Fälle bekannt, wo sich Taliban tatsächlich an ehemaligen Ortskräften vergangen haben, körperliche Gewalt angewandt haben?

Zeuge T. G.: Es gibt Fälle, in denen Afghanen zu Schaden kamen, und die Aussagen dieser Afghanen waren, es wären Taliban gewesen. Ob es Taliban waren oder nicht, konnten wir nicht feststellen.

Stefan Keuter (AfD): Das haben wir in der Aktenlage auch so festgestellt. Es ist von Ortskräften

sehr häufig von Bedrohungen - konkreten, abstrakten, vor allen Dingen aber abstrakten - und auch von Angstsituationen, also individuellen Empfindungen, berichtet worden. Gibt es tatsächlich belastbare Fakten, die Sie - „sie“ klein geschrieben - überprüft haben, die tatsächlich darauf kamen, dass Taliban handgreiflich geworden sind?

Zeuge T. G.: Was verstehen Sie unter „belastbaren Fakten“?

Stefan Keuter (AfD): Dass Sie es überprüft haben und sagen, es beruht nicht nur auf Hörensagen und auf den Zeugenaussagen der Ortskräfte.

Zeuge T. G.: Also, wir können vielleicht - - Also, wir kriegen Informationen möglicherweise von einem - - Also, wir sind nicht im Ermittlungsdienst der Taliban persönlich dabei und bekommen also keine belastbaren Fakten, wie ich sie in der deutschen Wertung von „belastbar“ sehe. Also, wir kriegen Informationen und sind weder beim Tatort - - Also, wir waren noch nie bei einem Tatort, haben da keine Tatortaufnahme mitgemacht; wir waren bei keiner forensischen Sicherung dabei. Und ein Lagebild ergibt sich immer aus Informationssplittern, die gegeneinandergehalten werden und dann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaftet werden. Wenn Ihnen das als „belastbar“ - - Wenn das Ihre Definition von „belastbar“ trifft, ja. Meine trifft es nicht.

Stefan Keuter (AfD): Welche Anzeichen hatten Sie dafür, dass die Taliban ihre Generalamnestie für Ortskräfte westlicher Staaten nicht einhalten würden?

Zeuge T. G.: Wir haben keine Anzeichen, dass die Generalamnestie nicht eingehalten werden würde; -

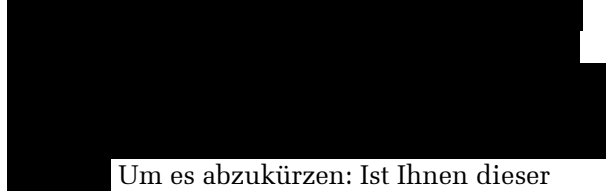
Stefan Keuter (AfD): Reicht mir. - Vielen Dank.

Zeuge T. G.: - aber wir wissen, dass es Einzelfälle gibt, in denen Tätigkeiten angeblich getan wurden, die nicht einer Amnestie entsprechen.



Nichtöffentlich

Stefan Keuter (AfD): Uns liegt auf MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blätter 294 bis 296 englischsprachige ND-Meldung vom 14.08.21 zu den damals in sozusagen letzter Stunde getroffenen Vereinbarungen



Um es abzukürzen: Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

Zeuge T. G.: Mir ist der Sachverhalt konkret nicht bekannt. Aber ich weiß, dass es lange Verhandlungen gab, zum Beispiel in Doha, die drei Tage gedauert haben, und man sich da mit gegenseitigen Vorstellungen versucht hat in Verhandlungen zu nähern. Der konkrete Wortlaut ist mir in dem Fall nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, dazu sind auch keine Schriftverkehre oder nachrichtliche Informationen über Ihren Schreibtisch gegangen.

Zeuge T. G.: Das kann ich nicht beurteilen, weil ich mich nicht an jeden Schriftverkehr erinnern kann. Aber ich kann mich - - Also, ich kann mich jetzt nicht an Schriftverkehr erinnern.

Stefan Keuter (AfD): Ich würde Ihnen dazu gern noch einen Schriftverkehr vorlegen, vielleicht hilft Ihnen das, sich daran zu erinnern, und würde Sie bitten, dass Sie uns den dann einmal kommentieren.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Sagen Sie noch einmal die MAT-Nummer zu dem, was Sie vorlegen?

Stefan Keuter (AfD): Ja, kommt sofort. - Einmal bitte die MAT-Nummer.

Zeuge T. G.: MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blatt - - Und dann ist es übergedruckt. Ich würde sagen, 254.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank für den Service.

Stefan Keuter (AfD): Service-Zeuge.

Zeuge T. G.: Kostet 10 Euro.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Aus den Angaben in dem Dokument, aus Formularangaben, kann ich entnehmen, dass das ich in Kabul nicht sehen konnte.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Damit haben Sie mir weitergeholfen. Das war es auch für diese Runde.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Und das Fragerecht geht zur FDP. Frau Jurisch, bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Schönen guten Abend, Herr G.!

Zeuge T. G.: Guten Abend!

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich möchte gerne noch mal auf die Räumung der Green Zone zu sprechen kommen und beziehe mich da auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/22 II vom 26. Januar 2023, Seite 44. Der Zeuge O. W. aus der Auswertung des Regionalreferats sagte uns in seiner Befragung, dass die Räumung der Green Zone in der Nacht vom 14. auf den 15. August 2021 stattfand und von dem BND-Team vor Ort am Morgen des 15. August 2021 bemerkt wurde und gemeldet wurde. - Sie waren ja auch vor Ort. Können Sie uns diesen Morgen mit Blick darauf noch mal schildern? Und um wie viel Uhr Kabuler Ortszeit ist Ihnen die Räumung der Green Zone persönlich auch aufgefallen? Vielleicht könnten Sie da noch mal genau drauf eingehen.

Zeuge T. G.: Also, wir gingen davon aus, dass die Green Zone bis zum 17.08. bewacht werden würde. Das war die Zusage. Und eine komplette Räumung der Green Zone kann uns in dem Fall nicht aufgefallen sein, weil der Umfang oder



Nichtöffentlich

diese Postenkettenslinie mehrere Kilometer betrifft. Uns ist also aufgefallen, dass gewisse Zugänge von Wachen nicht mehr bewacht wurden. Das war auch die Art der Wahrnehmung: Man fährt da vorbei und sieht, dass also Tore, die vorher bewacht sind, nicht mehr bewacht sind. Das war die Art der Wahrnehmung. Das waren die Tore, die hauptsächlich von uns auf dem Weg zwischen unserer Außenstelle und der deutschen Botschaft benutzt wurden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie das zeitlich noch mal näher einschränken, wann Ihnen das aufgefallen ist, also diese Beobachtung, die Sie jetzt gerade geschildert haben?

Zeuge T. G.: Also, ich schließe jetzt: Es muss von der Rückkehr der Flughafenfahrt gewesen sein, also gegen 7 Uhr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In der Früh?

Zeuge T. G.: In der Früh, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und auf welchem Weg haben Sie das dann nach Berlin gemeldet und wann?

Zeuge T. G.: Das kann ich Ihnen aus der Erinnerung nicht mehr sagen. Also, es gab mehrere Wege: von mündlich über schriftlich, über eingestufte Systeme, über E-Mail-Systeme, über Telefon. Also, die Art und Weise der Übermittlung kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Und um wie viel Uhr wir das gemeldet haben, kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen, weiß ich nicht mehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie vielleicht noch in Erinnerung - - Also, wenn Sie sagen, Sie haben es um 7 Uhr in der Früh mitgeteilt: War es dann um 8, oder war es um 10 oder nachmittags oder so? Können Sie es vielleicht ein bisschen eingrenzen, wie schnell Sie das gemeldet haben?

Zeuge T. G.: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Gab es vorher in der Community denn schon irgendwie

Gerüchte, dass die Green Zone geräumt werden könne, und, wenn ja, wie sahen die Gerüchte aus?

Zeuge T. G.: Diese Beobachtung, dass gewisse Zugänge zur Green Zone nicht mehr bewacht waren, hat dazu gepasst, dass eine der Nationen ihre Botschaft früher evakuiert hat. Es war die Nation, die bis zum 15.08. inklusive an den Flughafen evakuieren wollte und die also früher weg war. Die haben diese Bewachung, diesen Teil der Bewachung der Green Zone bezahlt und überwacht. Passt also in das Lagebild, dass eine Nation früher komplett evakuiert hat. - Das war der erste Teil der Frage. Den zweiten bräuchte ich noch mal, bitte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das war eigentlich nur die Frage, wie die Gerüchtelage aussah mit Blick auf die Green Zone, also was sozusagen schon vielleicht in der Luft gelegen hat und was Sie da vielleicht schon vorher aufgenommen haben.

Zeuge T. G.: Also, die Bewachung der Green Zone wurde von mehreren Nationen bezahlt. Und zwar gab es da - - Ich will es mal „Layer“ nennen. Jede Botschaft hat also eine Eigensicherung in ihrem Compound gehabt und hat eine Eigensicherung an der Außengrenze ihres Compounds gehabt, der nach außen sichert, und diese Liegenschaften waren zumeist in die Green Zone eingebettet. Die ganze Green Zone hat dann noch mal mehrere Zufahrtsschleusen in den jeweils vorgelagerten Raum gehabt, wo internationale Wachkräfte, die Vertragsnehmer von Botschaften waren - - ausgeübt haben.

Die Bewachung der Green Zone in einem Mindestmaß wurde durch die größte Nation bis zum 17.08. garantiert. Das war unser Lagebild. Die Zugänge - - Also, wenn es fünf Zugänge gibt und vier sind geschlossen, bleibt einer übrig. Das war in dem Fall so: Ein Zugang zur deutschen Botschaft blieb übrig, das sogenannte Whiskey Gate, und das November Gate war eben nicht mehr befahrbar, weil diese Wachen da abgezogen waren. Also, es hat noch in das Lagebild gepasst, dass eine Nation abgezogen ist, dass es möglicherweise schneller geht. Aber wir gingen bis zu dem



Nichtöffentlich

Evakuierungshinweis der deutschen Botschaft davon aus, dass wir also bis zum 17.08 noch - - dass die alte Zusage bis zum 17.08. einschließlich noch gilt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Dann würde ich gerne jetzt noch mal an den Flughafen springen. Sie haben vorher gesagt, dass Sie dann dort auf dem Flughafen sich bewegt hätten und weitere Tore gesucht hätten, und Sie hätten dann noch ein weiteres Tor gefunden; ich weiß nicht, ob ich das richtig in Erinnerung habe. Könnten Sie noch mal sagen, welches Tor Sie da gefunden haben, um welches es sich da handelt und was das Schicksal dieses Tores dann im weiteren Verlauf war, wie das genutzt werden konnte? Vielleicht können Sie da noch mal drauf eingehen.

Zeuge T. G.: Ich selbst war nicht an diesem Tor. Ich bin an diesem Tag an dem Nord Gate geblieben. Deswegen kann ich, sage ich mal, nur indirekt berichten. Das Tor, was gefunden wurde, war das sogenannte East Gate, das an diesem Tag noch nicht genutzt wurde, im weiteren Verlauf in Nutzung kam. Und da dann auch genauso viel Leute davor standen wie vor dem Nord Gate - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wer hat das geschützt, das Tor? Waren das die - - Welche - -

Zeuge T. G.: Weiß ich nicht mehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wurde das von deutscher Seite dann genutzt, das Tor, zum Hereinholen von Menschen?

Zeuge T. G.: Wir haben es genutzt in der Phase, als man am Nord Gate noch sich aufgestellt hat. Zu einem späteren Zeitpunkt haben das andere Nationen genutzt - Amerikaner und Briten, glaube ich; ich weiß es aber nicht mehr genau -, und es wurde von deutschen Staatsbürgern genutzt. Es wurde von uns mal als Ausweichtor empfohlen. Wir haben da auch - - Wenn das Nord Gate zu war, sind wir dorthin und haben da einzelne Leute reingeholt. Also: Wir haben es genutzt. Inwieweit es von anderen deutschen Kräften vor Ort genutzt wurde, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In MAT A AA-8.154 VS-NfD, Blatt 153 ist die Rede von einem Gate 01 des NDS. Hat das irgendwas damit zu tun, oder ist das noch mal was anderes?

Zeuge T. G.: Das ist was anderes.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was war das?

Zeuge T. G.: Das ist noch ein Tor, das von der ersten Crew, also meinen zwei Kollegen und mir, nicht genutzt wurde, sondern von der Ablöse-Crew, in einer anderen Örtlichkeit befindlich. Das war auch kein Tor, das in den vorherigen Zeiten als normales Zufahrtstor benutzt wurde, sondern war nur ganz wenigen vorbehalten - deswegen hieß es ja auch NDS-Tor; also, der afghanische Dienst hat da nur Zugriff drauf gehabt, und deswegen war das weniger Leuten bekannt - und hat dann im weiteren Verlauf durch meine Nachfolge-Crew mehr Relevanz erlangt. Welche Relevanz genau, kann ich aber persönlich nicht sagen; war auch an einer ganz anderen Örtlichkeit des Flughafens, also ganz anderen Seite des Flughafens, gelegen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, während Sie da noch da waren, sind da noch keine Menschen von deutscher Seite sozusagen reingeholt worden, über dieses Gate 01.

Zeuge T. G.: Also, ich weiß von keinen, die bis zum 21. frühmorgens über dieses NDS-Gate kamen, also von gar niemandem. Es gab eine Tranche, die uns von den US-Amerikanern übergeben wurde. Die wurden durch ein anderes Tor durch die Amerikaner in den Flughafen gebracht. Wir wurden von denen verständigt, und die wurden uns in einem Bus im Flughafen schon zugeführt. Und die sind durch ein anderes Tor gekommen. Welches, weiß ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Weil die Amerikaner das bewacht haben und dann ermöglicht haben, dass die Menschen reinkommen konnten?

Zeuge T. G.: Das wäre jetzt eine Vermutung. Also, ich weiß nicht, ob sie die von draußen reingeholt haben, ich weiß nicht, ob die in einem US-amerikanischen Anteil waren und dann sich erst



Nichtöffentlich

innen drin als Deutsche - - Kann ich nicht sagen. Die Amerikaner haben die auf mir unbekannte Art in den Flughafen gebracht und haben gesagt: „Wir haben hier eine Busladung von deutschen Staatsangehörigen, wir würden die gern an euch übergeben“, was wir dankend angenommen haben.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Damit wäre das Kontingent mit Bonus ausgeschöpft.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, gut. - Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Damit sind wir am Ende der ersten Runde. Kurze Frage an Sie, Herr Zeuge: Brauchen Sie eine Pause, oder ziehen wir durch?

Zeuge T. G.: Ja.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Kurze Pause? - Dann fünf Minuten Pause, und dann machen wir weiter.

(Unterbrechung von
22.39 bis 22.49 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
So, wir fahren fort mit einer zweiten Runde in der gleichen Reihenfolge, wie wir die erste gemacht haben.

(Zuruf)

- Das freut mich, dass das Zustimmung findet. Selbstverständlich halten wir uns an das Zeitkontingent.

Ich lege los mit noch mal einer Nachfrage zum zeitlichen Ablauf. Sie haben vorher gesagt, Sie sind davon ausgegangen, dass die Green Zone bis zum 17.08. stehen wird, dass sie sozusagen noch für 48 Stunden sicher sein wird. Jetzt haben wir aus verschiedenen Quellen die Information, dass die deutsche Botschaft bereits am 14.08. von der Räumung der US-Botschaft und der Aufgabe der Green Zone wusste. Können Sie diese Diskrepanz

etwas beleuchten? Gab es da keine Kommunikation der deutschen Botschaft am Abend des 14.08. mit Ihrer Außenstelle?

Zeuge T. G.: Ich halte es für unwahrscheinlich, dass diese Deutung tatsächlich stimmt, weil wir waren in wirklich gutem Austausch mit der deutschen Botschaft, und wenn die am 14.08. gewusst hätten, dass die Green Zone geräumt ist, oder von einer früheren Räumung wussten, dann gehe ich davon aus, dass wir das erfahren hätten.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Es gibt Kommunikation vom Sicherheitsberater Bundespolizei und auch vom Herrn van Thiel, und ich kann hier zitieren aus MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 167 - eine E-Mail, Auswärtiges Amt, wie gesagt, eben nur als Nachweis -:

„... soeben wurde mir aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, dass die US Botschaft ab sofort ihr Special Immigration Visa (SIV) Programm einstellt und die US Botschaft innerhalb der nächsten 72 Stunden verlassen wird.“

Et cetera, et cetera. - Also, das war eine Meldung von KABU SI-20.

Zeuge T. G.: Die Meldung ist bekannt. Aber 14.08. plus 72 Stunden: -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Okay.

Zeuge T. G.: - Kommen wir am 17.08. raus.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Gut. - Also, dann halten wir fest: Die Informationen, die am 14.08. dann kursierten, haben für Sie jetzt nicht zwangsläufig bedeutet, dass am 15.08. Schicht ist.

Zeuge T. G.: In keinster Weise.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Gut. - Aber dann schließt sich die Frage an, was dann eigentlich die Schlüsse aus dieser bekannten Information für - - oder was Sie sozusagen mit dieser Information gemacht haben, welche



Nichtöffentlich

Schlüsse Sie daraus gezogen haben, welche Aktivitäten dann zum Zeitpunkt der Info am 14.08. nachmittags gestartet wurden.

Zeuge T. G.: Die Absicht, so lange in den eigenen Räumen zu bleiben, um die bessere Arbeitsfähigkeit dort auszunutzen, hauptsächlich für die Vorbereitung Ortskräfteverfahren. Und am 14. abends, nachdem diese kurzfristige Lageverschärfung mal im Gespräch war und wir die abklären konnten, habe ich entschieden, dass wir am 15. noch in der Außenstelle arbeiten und am 15. abends an die Botschaft auf jeden Fall fahren. Ich habe im Vorfeld mit dem Mutterhaus abgeklärt, dass die abgesetzten Teile im Verlauf des 15. in die Außenstelle kommen müssen und dass wir dann mit allen BND-Teilen am Abend des 15. in die Botschaft fahren. Wir wären da am 15. abends gewesen und hätten dann den 16. und 17. zur Verfügung gehabt, um auf die Lageentwicklung zu reagieren, die ja in diesen Tagen nicht nur dynamisch war, sondern die Geschwindigkeit wurde immer schneller. Und dann hätten wir mit der Botschaft zusammen alle Maßnahmen mitgemacht, die wir, glaube ich, in gemeinsamer Abstimmung für sinnvoll, notwendig, zielführend gehalten hätten.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Am Abend des 15. in die Botschaft fahren heißt: Aufgabe des Außenpostens komplett?

Zeuge T. G.: Wir hätten die Verlegung in die Botschaft so gemacht, dass wir den Außenposten frei von allem sensiblen Material gehabt hätten. Und in diesen Evakuierungsstufen gibt es eine Möglichkeit, das so zu tun, dass man an den Ort wiederkehren kann und dann wieder eine eingeschränkte Arbeitsfähigkeit herstellen kann. Also, wir hätten am 16. wieder hinfahren können und hätten mit einem gewissen Aufwand eine gewisse Arbeitsbereitschaft dort wiederherstellen können. Das war eine Option. Oder eben in der Ausweichaußenstelle dann innerhalb der Botschaft bleiben und mit einer noch kleineren Arbeitsfähigkeit von dort aus weiter arbeiten. Das waren die zwei Optionen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Am 14.08. abends hatten Sie noch die Vorstellung, dass Sie auch nach diesen 72 Stunden den operativen Betrieb aufrechterhalten.

Zeuge T. G.: Ich glaube,* nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Also, die Geschehnisse oder die Ereignisse, die dann am 15. waren, auch mit dem ganzen Ablauf - - Vernichtung des Materials etc. wäre ohnehin geplant gewesen dann für die folgenden Tage oder innerhalb dieser 72 Stunden.

Zeuge T. G.: Es gab zunehmend die Situation, dass man von Aktionen, die man geplant hat, in eine Reaktion, die man mit optionalen Notfallhandlungen vorher schon als Contingency, als Möglichkeit vorgeplant hat, gedrängt wurde. Und am 14. abends war es gar nicht mehr möglich, bis zum 17. vorzudenken, und auch nicht notwendig, sondern wir haben uns tatsächlich am Anfang irgendwie von Tag zu Tag gehandelt. Und am 14.08. waren wir ja schon mal kurzzeitig abmarschbereit, weil die Lage sich so verdichtet hat. Es hat sich aber gezeigt, dass das keine zutreffende Information war. Wir haben da von Tag zu Tag eben gedacht, mit dem Wissen: Wenn wir komplett evakuieren müssen, gibt es das MoA, sind wir mit der Botschaft zusammen und haben mehrere Möglichkeiten, aus dem Land zu kommen, die dann hoffentlich noch funktionieren. Das war auch, glaube ich, der Sachstand 14. abends.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Wann haben Sie konkret begonnen, Ausrüstung und ND-Equipment, Material zu vernichten, einzupacken, abmarschbereit zu machen?

Zeuge T. G.: „Aggressive Housekeeping“ nenne ich es mal. Also Dinge, die sich ansammeln, aber die man nicht unbedingt braucht, die haben wir im Mai, Juni, Juli schon nach und nach vernichtet. Dazu gehören vielleicht schriftliche Dinge, die man auch irgendwie auf einem Datenträger zur Verfügung hat.



Nichtöffentlich

Konkret ausgelöst habe ich ein festgeschriebenes Konzept am Freitag, den 13., mit der Evakuierungsstufe 1, wobei man sagen muss: Viele Maßnahmen der Evakuierungsstufe 1 haben wir vorher schon teilweise ausgeführt, eigentlich Anfang August. Und Dinge, die man noch braucht und dann vernichtet, wenn man tatsächlich evakuiert, da haben wir begonnen am 13. Es gibt Systeme, die sind redundant vorhanden, und die Redundanzen haben wir abgebaut und hatten dann halt von allem nur noch eins.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Also, in dieser halben Stunde, die Sie sozusagen hatten nach Aufforderung, an die Botschaft sich zu begeben, ist ein vorgegebener Ablaufplan abgearbeitet worden.

Zeuge T. G.: Ja, so ähnlich.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Beschreiben Sie mal, wie sich das auf das Material, Datenträger etc., besonders ausgewirkt hat.

Zeuge T. G.: Nun, wir hatten detaillierte Evakuierungspläne. Als Beispiel: Es stand in jedem Raum eine Kiste. In der Kiste war eine Checkliste, was in diese Kiste reinmuss, und es konnte praktisch, wenn es drinliegt, abgehakt werden. An den sensiblen Geräten waren Markierungen angebracht, sodass man, ohne dass man Fachmann für das Gerät sein musste, das in dem richtigen Umfang entweder teilweise mitnehmen oder zerstören kann. Und am 15.08. liefen wirklich nur noch die - - Ja, müssen wir auch im eingestuft Teil - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gut, den haben wir heute nicht mehr. - Der Ablaufplan war dann im Laufe des 15.08. aktiviert und nicht erst mit der Aufforderung, sozusagen in einer halben Stunde an der Botschaft zu sein, sondern 14.08. abends war klar: Es gibt diese 72 Stunden. Was ist am 15. vormittags - - Wann ist es konkret getriggert worden, ausgelöst worden, dass man jetzt noch stärker zusammenpackt und sich quasi abmarschbereit macht?

Zeuge T. G.: Ich könnte es Ihnen exemplarisch erklären und nehme vielleicht das Themengebiet

Waffen. Wenn ich mich kurz beraten könnte, ob dieses Themengebiet in Ordnung wäre?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja, gerne.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Michael Steppan
(BKAmT))

RD Michael Steppan (BKAmT): Auch hier würde ich vorschlagen, das in abstrakter Form darzustellen und halt nicht auf die Quantität oder die Art der Waffen einzugehen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön.

Zeuge T. G.: Also, ich glaube, es ist eine ganz gute Analogie. Im normalen Betrieb haben wir Rotation, also Personalwechsel. Jeder hat einen Wechselpartner. Der Wechselpartner kommt nach Kabul und ist dann eine gewisse Zeit parallel zu seinem Partner vor Ort. Der Umfang der Residentur, der Außenstelle, ist also größer.

Für alle, auch wenn mehr da sind, sind Waffen vorhanden und ausreichend Munition, um auch Ausbildungs- und Überprüfungsschießen in Kabul durchzuführen. Alle Munition, die wir nicht zur Selbstverteidigung brauchten, die wurde circa 10.08. in eine gewisse Grube entsorgt, und so auch analog redundante Kommunikationssysteme, redundante Verbindungen zu Afghanistan, die Informationen liefern und Ähnliches, analog zu Waffen.

Am 13.08. hat man dann die Waffen zerstört und unbrauchbar gemacht, die nicht die Anzahl, die vor Ort war, noch gebraucht hat, und dann gab es, glaube ich, noch eine oder zwei Ersatzwaffen. Am 15.08. frühmorgens haben wir also alles entsorgt, was wir nicht innerhalb kürzester Zeit einpacken können und mitnehmen können und haben uns fertig gemacht, um am Abend schon die Außenstelle mindestens temporär zu verlassen, sodass wir also von 12.15 Uhr bis 12.45 Uhr wirklich noch die letzten Notfallsysteme herunterfahren konnten. Waffen waren an der Person jeweils, die Autos waren halb gepackt, die Kisten



Nichtöffentlich

waren halb gepackt, und das Letzte, was tatsächlich noch an war, das wurde ausgeschaltet und dann noch in die Kisten geworfen. Also, das hat zehn Minuten gedauert, um das Zeug sozusagen in Kisten zu haben und dann in die Autos zu laufen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Also bis dahin hat der Plan sozusagen gut funktioniert, wurde abgearbeitet, und Sie sind dann an der deutschen Botschaft angekommen. Das Szenario, was dann aber offensichtlich nicht hundertprozentig geplant war, war die Limitierung 8 Kilo. Beschreiben Sie das Szenario, das geplant war. Und wieso war das Szenario Lufttransport nicht Teil der Planungen?

Zeuge T. G.: Im Vorfeld war die Absicht der größten Rahmennation bekannt, dass sie einen Korridor, einen Landkorridor zum Flughafen freihalten möchte. Am 15. früh war das Stadtbild auch noch so, dass wir keinerlei Anzeichen gehabt hätten, dass es an dem Tag wirklich bis zu einer Totalevakuierung kommen konnte, und wir haben immer noch damit gerechnet, dass wir per Land zum Flughafen verlegen, also die Autos mit Material bis dahin hinschaffen können. Und die Gewissheit, dass es nicht Landtransport wird, kam erst an der Botschaft zu uns.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Und der Lufttransport war sozusagen nie ein Szenario, das geplant wurde.

Zeuge T. G.: Doch, das war ein Szenario, was als Option B tatsächlich vorhanden war. Aber die Annahme war, dass wir zumindest noch genügend Zeit haben, um die Dinge, die im Landtransport hätten mitgehen können und für den Lufttransport nicht geeignet oder nicht möglich gewesen wären - - dass wir die noch vor Ort hätten vernichten können. Wir haben auch noch Teile der Ausrüstung vernichtet. Das Problem ist, dass zu einer kompletten Vernichtung eine Dokumentation gehört und ein gewisses Vieraugenprinzip, und das konnten wir in der Botschaft einfach nicht mehr einhalten. Wir haben*noch Dinge vernichtet; das ist aber nicht dokumentiert, und deswegen kann man es nicht als sicher vernichtet einordnen und muss dann halt vom ungünstigen

Fall ausgehen, dass es möglicherweise nicht vernichtet wurde, weil kein Nachweis vorliegt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Vielen Dank. - Dann würde ich noch mal zum Flughafen springen. Sie haben in Ihren einleitenden Worten zwei deutsche Staatsangehörige angesprochen, die noch an den Flughafen gelotst wurden, und haben gesagt, die spielen später noch mal eine Rolle. Jetzt wollte ich hier nachfragen, was es mit diesen beiden Personen auf sich hat, was die für eine Funktion auch in der Arbeit des BND vor Ort hatten und wie die dann in den Flughafen gekommen sind.

Zeuge T. G.: Wie sie genau in den Flughafen gekommen sind, ist mir persönlich unbekannt. Es hat sich einer meiner Kollegen darum gekümmert. Und wie groß unsere Rolle konkret war, um die in den Flughafen zu bringen, das entzieht sich meiner genauen Kenntnis. Es reicht von: „Entweder haben wir die informiert, und sie waren schon selbst auf dem Weg zum Flughafen“ bis zu: „Sie wurden von Kollegen am Tor irgendwie abgeholt“. Das kann ich jetzt ad hoc nicht wiedergeben, weil ich da selber nicht involviert war, sondern das dann nur von Kollegen informativ bekommen habe.

Die Rolle, die die noch spielen, ist auf einen beschränkt, und der eine hat, wie vorhin angesprochen, mit seinen Sprachkenntnissen und seinen Kenntnissen über Land und Art der Afghanen vor den Toren in den ganzen Tagen dazu beigetragen, Ortskräfte, lokal Beschäftigte, andere Nationalitäten, deutsche Staatsangehörige zumindest durch die US-Postenkette zu bringen, und die dortigen Vorselektierer, die also die erste Rechtmäßigkeit, in den Flieger möglicherweise zu kommen, und auch die erste Durchsuchung von Leuten, die durch die Postenkette gekommen sind, um keine Gefährdung - - also um keinen Selbstmordattentäter eingeschleust zu haben - - mit begleitet, weil die Sprachmittlungskapazitäten der eingesetzten Truppen, vor allem der Amerikaner, am Anfang einfach zu begrenzt waren.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Das war sozusagen dann die Phase am Flughafen.



Nichtöffentlich

Welche Rolle spielten beide oder der eine in der Arbeit des BND in den Phasen davor?

Zeuge T. G.: Müsste ich mich beraten.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Wenn wir es ganz abstrakt -

Zeuge T. G.: Ganz abstrakt: -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Ganz, ganz abstrakt, dass wir es in den letzten 15 Sekunden noch hinbekommen.

Zeuge T. G.: - Ich kann Ihnen gar nicht sagen, ob der tatsächlich für den BND gearbeitet hat. Es gibt* einen gewissen Quellenschutz*. Vielleicht hat man den auch nur einfach so* gekannt, weil man lange Zeit in dem Land verbracht hat.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Gut, danke schön. - Dann geht es weiter mit den Kollegen der SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte anschließen an das, was ich vorhin in der Chronologie mit Ihnen, Herr Zeuge, besprochen habe. Ich glaube, wir hatten auch schon mal ganz kurz die Gelegenheit, darüber zu reden - ich glaube, das war auch im Rahmen der Diskussion über die Speichen -, dass die Situation in den Provinzstädten und das Herannahen an die Hauptstadt Kabul ein wichtiger Indikator dafür waren, wie die militärische Lage sich weiterentwickeln wird. Ich würde Sie gerne fragen, wann Sie Kenntnis davon erlangt haben, dass die Provinzhauptstadt Ghazni von den Taliban erobert bzw. besetzt worden ist.

Zeuge T. G.: Keine Erinnerung, wann das war.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich Ihnen mitteilen, dass das am 12.08. war. Und wenn man die Situation militärisch ein bisschen näher betrachtet, bedeutet die Einnahme dieser Stadt, dass der Weg von Süden auf Kabul frei war. Stimmen Sie dieser Einschätzung zu?

Zeuge T. G.: Spätestens mit dem Fall von Pul-i-Alam kann man feststellen, dass der Landweg nicht mehr besonders beschwerlich ist, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Mit dem Fall von Ghazni rechnete Admiral Peter Vasely, der US-Kommandeur der Spezialkräfte für die Evakuierungsoperation in Kabul - das sagte er, als er durch die US-Armee am 27. September 2021 befragt wurde, die sogenannte Abbey Gate Investigation des US CENTCOM, Seite 5 -, damit, dass in zwei bis drei Tagen, also 12.08. plus 72 Stunden, Kabul eingekreist sein werde. Er schreibt da:

„We assessed that within 48-72 hours they'd have Kabul surrounded, but were unsure if they would enter, or hold and push for continued negotiations and press Ghani with harder terms to accept.“

Ein paar Seiten weiter schreibt er:

„Ghazni was the decision point to evacuate from our perspective. There was no ANDSF force able to oppose TB advance on Kabul.“

Wurde dieser Fall von Ghazni auch in Ihre Lagebewertung mit einbezogen?

Zeuge T. G.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Teilten Sie die Analyse der Amerikaner, dass Ghazni ein ganz wichtiger Entscheidungspunkt war, der bei den Amerikanern die Entscheidung für die Evakuierung zumindest mit ausgelöst hat?

Zeuge T. G.: Kann ich nicht beurteilen.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Nachdem Sie gerade bestätigt haben, dass es in Ihre Überlegungen mit eingeflossen ist: Hatten Sie eine eigene Einschätzung, wie lange es dann noch dauern würde von diesem Zeitpunkt an, bis tatsächlich eine Einkreisung von Kabul erfolgen würde?



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Meine Einschätzung war, dass es hauptsächlich von dem Willen der Taliban abhängt, wie weit sie vorrücken wollen, und dass die militärischen Mittel der afghanischen Sicherheitskräfte nachweislich immer geringer wurden. Eine zeitliche Abschätzung kann ich da aber nicht draus ableiten.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann muss ich noch mal genauer nachfragen. Haben Sie die Tatsache, dass diese Stadt eingenommen wurde und dass dadurch der Zugang nach Kabul kaum noch zu verteidigen war, an Ihre vorgesetzten Dienststellen im BND weitergemeldet? Haben Sie ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jetzt der Weg Richtung Kabul aus militärischer Sicht nicht mehr zu verteidigen sei?

Zeuge T. G.: Ob wir das konkret ins Mutterhaus gemeldet haben, ist mir nicht mehr bekannt. Man muss aber zu unserer Systematik sagen, dass nicht nur die Außenstelle Lageinformationen liefert, sondern auch viele anderen Stellen und auch andere Nationen im Austausch. Deswegen - Vermutung jetzt - gehe ich davon aus, dass das im Mutterhaus durch andere Stellen mit Sicherheit bekannt war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist das jetzt tatsächlich Wissen von Ihnen oder eine Vermutung?

Zeuge T. G.: Meiner Kenntnis entzieht sich, wann wer der Auswertung tatsächlich diese Information geliefert hat - Punkt.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber Sie haben ja gerade bestätigt, sie hätten die Information besessen. Können Sie ausschließen, dass Sie sie an das Mutterhaus weitergeleitet haben? Oder andersrum formuliert: Haben Sie sie aktiv an das Mutterhaus weitergeleitet? Wobei ich bei „Mutterhaus“ immer an Diakonissenanstalten in Rummelsberg und anderswo denken muss.

(Heiterkeit)

Zeuge T. G.: Ich kann es nicht belastbar sagen, ob ich es weitergeleitet habe oder auf welche Art die Info zu mir kam und von wem. Das kann über die Botschaft sein, kann über Partner gewesen sein,

kann über das Mutterhaus gewesen sein. Und ob wir die Information zuerst hatten und weitergeleitet haben, habe ich nicht mehr Erinnerlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut, also zwei Sachen unsicher: wo die Information herkam und wie sie dann weiterverarbeitet worden ist. - Gut, nehme ich zur Kenntnis.

Was aber dann sehr interessant ist: dass am 12.08., und zwar um halb 12 in der Nacht, Sie sämtliche Lageberichte, die wir ja bereits auch miteinander besprochen haben, von Herrn van Thiel an Ihr Mutterhaus in Berlin weitergeleitet haben. Zusätzlich haben Sie mit dem LBA, Sachgebietsleiter LBHA und Leiter LBH telefoniert; das ergibt sich aus MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blatt 125 bis 129. Können Sie über den Inhalt dieser Telefonate bitte berichten?

Zeuge T. G.: Nein, nicht mehr Erinnerlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gab aber noch eine Nachfolgehandlung. Einer Ihrer Mitarbeiter in der Residentur schrieb aufgrund dieser E-Mail, die ich bereits zitiert habe, an den Unterabteilungsleiter T1 - ich beziehe mich hier auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 48 bis 53; ich darf zitieren -:

„... nachfolgende Berichterstattung unserer Residentur ... in Kabul zu Ihrer Kenntnis.

Auf Grund der Lageentwicklung vor Ort (schneller Vormarsch der Taliban, sich abzeichnende offene Flanke an der deutschen Botschaft) ist nach gegenwärtigem Stand der Dinge mit einer zeitnahen Evakuierung der Botschaft und damit auch der Residentur ... zu rechnen.“

Kurz vor Mitternacht am 12.08. - War es Ihr eigenes Lagebild am darauffolgenden Morgen, dass zeitnah eine Evakuierung auch der Residentur erfolgen müsste?



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Bis auf das Wort „müsste“ würde ich da übereinstimmen, dass es durchaus passieren könnte und man auf diesen Eventualfall sich vorbereiten muss.

Jörg Nürnberger (SPD): An dem nächsten Tag, wahrscheinlich nach wenig Schlaf und trotzdem viel Stress - - Das haben Sie wirklich sehr eindrücklich geschildert, dass diese Situation überhaupt nicht einfach war, und deswegen möchte ich auch nichts als irgendwelchen Vorwurf wissen; mir geht es nur um die Sachverhaltsaufklärung. Am 13.08. um 10 Uhr Ortszeit trafen Sie sich erneut mit Herrn Thiel zum Abgleich des Lagebildes und zur Abstimmung der nächsten angedachten Schritte; ich beziehe mich hier auf MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 70. Ist Ihnen dieses Treffen noch rememberlich?

Zeuge T. G.: Ja, mir ist bekannt, dass wir an dem Tag an der Botschaft waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es da zwischen Ihnen unterschiedliche Betrachtungsweisen der Lage, also entweder - wie haben Sie es vorhin genannt? - Interpretationen oder - - Das zweite Wort ist mir entfallen.

Zeuge T. G.: Also, dass es unterschiedliche Bewertungen von Einzelaspekten gab, kann ich überhaupt nicht ausschließen. Wichtig in dem Moment ist, dass Sie für die Möglichkeiten, die eintreten können, einen Notfallplan haben oder mehrere Optionen, die die eintretenden Sachen abdecken. Und dann will ich mal die zwei Grenzen sagen: Die eine Grenze ist „Totalevakuierung“. Die war möglich, also die lag vor, die Möglichkeit dazu, durch die Rahmennation. Und die andere Grenze ist natürlich „Verbleib in der Außenstelle“, wenn die Gefährdung so gering ist, dass das möglich ist, und auf die waren wir auch vorbereitet. Und zwischen beiden Extremen hatten wir mehrere Möglichkeiten, also: temporär zur Botschaft über Nacht, Systeme herunterfahren und nicht wiederkommen, obwohl wir nur temporär wegbleiben wollten, mit der Botschaft an den Flughafen verlegen und begrenzt arbeitsfähig bleiben.

Also, die Zwischentöne waren abgedeckt, und das war das Ausschlaggebende. Ob man jetzt die Lagebewertung so macht, dass der 14., 10 Uhr, wahrscheinlicher ist oder der 15., 8 Uhr, war in der Situation für mich persönlich zumindest nicht relevant. Wichtig war, dass wir auf alles hätten adäquat reagieren können, und das war vorhanden.

Jörg Nürnberger (SPD): Das stellt auch niemand in Abrede. Die Frage ist tatsächlich: Wurden aufgrund dieses Treffens ad hoc konkrete Schritte beschlossen, die zu gehen oder durchzuführen notwendig war?

Zeuge T. G.: Ja, die Vorbereitung der Ortskräfte auf Gruppeneinteilung, Festlegung der Gruppensprecher der Ortskräfte, um die evakuieren zu können, die Beschleunigung von der administrativen Bearbeitung des Ortskräfteverfahrens, die, ich sage mal, nächste Stufe der Materialvernichtung und auch die nächste Stufe der Notice to Move, also der Festlegung einer Zeit, wie schnell man tatsächlich die Botschaft räumen können muss.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Sie wissen - oder möglicherweise wissen Sie -: Vier Stunden später, um 11.30 Uhr Berliner Ortszeit, die dreieinhalb Stunden Zeitverzögerung einbezogen, fand im Auswärtigen Amt die erste Sitzung des Krisenstabs zu Afghanistan statt. Darf ich Sie fragen, ob Sie an deren Vorbereitung oder Durchführung persönlich beteiligt waren?

Zeuge T. G.: Beides: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Dann darf ich Ihnen dort den Vortrag des BND zur Kenntnis führen. Ausweislich des Protokolls trug der BND bei dieser Sitzung Folgendes vor - ich beziehe mich auf MAT A BKA-2.149 VS-NfD, die Blätter 9 und 10 bzw. 9 bis 16 -:

- „• Lagevortrag: TLB-Führung derzeit kein Interesse an mil. Einnahme Kabuls, aber Einfluss auf mil. Operationsführung der TLB nicht uneingeschränkt gegeben; Übernahme Kabuls



Nichtöffentlich

durch TLB vor 11.9. eher unwahrscheinlich. Vollständiger mil. Abzug der IG, diplom. Absetzungsbewegungen oder Ausreise der AFG Eliten würden Prozess beschleunigen. Schutzzusage der TLB-Führung für AV, aber mglw. Nicht zuverlässig durchsetzbar.“

Der 11.09. ist aber nach dem, was zwischen Ihnen und Herrn van Thiel besprochen wurde, und selbst nach Ihren eigenen Einschätzungen etwas weiter in der Zukunft. Haben Sie Kenntnis gehabt von diesem Lagevortrag des BND auf dieser Sitzung?

Zeuge T. G.: Indirekt im Nachhinein, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Als Sie dann davon Kenntnis erlangt haben, wie haben Sie das bewertet?

Zeuge T. G.: Der indirekten Zutragung mir gegenüber wurde hinzugefügt, dass der sogenannte Dominoeffekt in der Sitzung genannt worden wäre von unserer Seite, dass das also die Option ist, falls die Taliban die Stadt einnehmen müssen oder in Verhandlungen sukzessive eine Übernahme von der alten Regierung erreichen können, aber auch geäußert wurde, dass, wenn die eigenen Kräfte sich schneller zurückziehen, wenn die Botschaften evakuiert werden, dann ein Dominoeffekt entstehen kann, der nicht aus äußerer Lage bedingt, sondern aus innerer Lage - Abstützung auf Absicherung Green Zone - zum Beispiel eine Evakuierung notwendig macht, weil man von anderen Nationen abhängig ist. Das haben wir in diversen Telefongesprächen thematisiert; in welchen konkret, weiß ich nicht, also kann ich nicht mehr genau festlegen; aber mir wurde gesagt, dass dieser Punkt, der in Vorträgen öfter mit genannt wurde als „Selbst* wenn die Green Zone aufgegeben wird, müssen wir gehen, selbst wenn die Taliban nicht kämen“ - - der war angeblich in dieser Besprechung mit dabei. Ob es stimmt oder nicht, kann ich nicht sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Nach Ihrer Erkenntnis und Ihrer Einschätzung direkt aus der quasi Per-

spektive von vor Ort in Kabul: Waren die militärischen Kräfte der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte an diesem Tag, am 13., tatsächlich noch in der Lage, Kabul zu verteidigen, wenn ihnen - was wir vorhin bereits diskutiert haben - zu dem Zeitpunkt zumindest bekannt gewesen sein sollte, dass diese Vorstädte oder diese letzten Zugangshindernisse vor Kabul bereits von den Taliban kontrolliert wurden?

Zeuge T. G.: Wie lange? Verteidigen, wie lange? Tage, Stunden, Wochen, Trendumkehr?

Jörg Nürnberger (SPD): Lassen Sie mich die Frage noch ein bisschen um einen Aspekt erweitern: ob die Truppen der afghanischen Republik in der Lage und willens waren, die Stadt überhaupt zu verteidigen.

Zeuge T. G.: Ich hatte die Ansicht, dass sie die Stadt überhaupt für einen gewissen Zeitraum verteidigen würden, wenn ein gewisser Druck nur vorherrschen würde, um in einer Verhandlungslösung besser vorankommen zu können. Die afghanischen Streitkräfte waren überhaupt nicht mehr in der Lage, eine Trendumkehr zu schaffen, und wären auch nicht in der Lage gewesen, lange, also mehrere Tage, zu verteidigen, und wären auch nicht in der Lage gewesen, gegen den ganzen Druck der Taliban zu verteidigen - aber zu verzögern. Auch in der Rückschau würde ich das den Quantitäten und der Ausrüstung der afghanischen Streitkräfte zutrauen. Mittlerweile wissen wir aber, dass der Wille und die Moral nicht mehr gegeben waren und zu einer Selbstauflösung geführt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt muss ich kurz anknüpfen an den Begriff „Verzögerung“, den Sie jetzt benutzt haben. Soweit ich mich erinnern kann, heißt „Verzögerung“, Geländegewinne des Gegners zuzulassen, um Zeit zu gewinnen. Stimmen Sie dieser Definition zu? - Das haben wir irgendwann mal früher gelernt.

Zeuge T. G.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt stelle ich mir diese Situation in einem urbanen Gebiet wie Kabul vor.



Nichtöffentlich

Wie realistisch ist eine derartige Gefechtsführung, wenn ich in einer Konglomeration mit einer Millionenstadt Raum aufgeben soll, um Zeit zu gewinnen? Ich kann mir das irgendwie nicht vorstellen. Wie realistisch ist eine derartige Kampfführung?

Zeuge T. G.: Kann ich als Nicht-Heeressoldat nicht einschätzen. Also, die Ausdehnung von Kabul ist sehr groß, urbanes Gelände sind mehrere Kilometer. Kabul ist größer als die Provinz. Allein die geographische Entfernung hätte uns erlaubt, noch zur Botschaft zu kommen und von der Botschaft zum Flughafen. Das war das Relevante für mich in dem Moment, wo man sieht, dass die Taliban tatsächlich auf Kabul antreten. Wir brauchten dafür eine gute Stunde. Ab dem 13.08. haben wir uns darauf vorbereitet, und am Abend des 14.08. waren wir so weit, dass wir innerhalb einer Stunde zur Botschaft hätten verlegen können. So war grob die Reaktion darauf. Und wie lang die verzögert hätten, das ist Mutmaßung jetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, irgendwo ganz zu Beginn des BND-Gesetzes - ich weiß es jetzt nicht auswendig - ist eine Bestimmung, dass der BND die Aufgabe hat, Informationen für die politische Führung zu beschaffen - ich zitiere frei und bitte um Nachsicht bei Ihrem juristischen Vertreter -, um Handlungsoptionen für die Regierung, für die handelnden Stellen in Deutschland sicherzustellen. Im Bewusstsein dieses Auftrags: Haben Sie auch in diesem Hinblick Ihre Lagebeurteilungen so dargestellt, dass auch die politische Handlungsführung tatsächlich mit diesen Informationen - und ich zitiere noch mal aus dem Lagevortrag im Auswärtigen Amt: eher unwahrscheinlich - ausreichend über die tatsächliche Situation informiert war?

Zeuge T. G.: Also, wir sind als Außenstelle gleichzeitig Zuträger an die Auswertung, bringen Informationen ein, und auch Nutznießer der Informationen der Auswertung in der Beurteilung unserer eigenen Lage. Die Information von politischen Entscheidungsträgern, die obliegt nicht - ist nicht Teil unserer Aufgabe. Das macht die Auswertung, und deswegen kann ich es nicht einschätzen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Das Fragerecht wechselt zu den Grünen. Sara Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr G., ich habe noch zwei schnelle Fragen, und bei den anderen drei gucken wir mal.

Wer war denn für Ihre Ortskräfte eigentlich Ressortbeauftragter? Also, es gab ja eigentlich bei allen, die Ortskräfte hatten, auch einen Ressortbeauftragten. Das ist mir jetzt beim BND nicht so richtig klar geworden, wer da Ressortbeauftragter war.

Zeuge T. G.: Ist mir selbst unbekannt, wer Ressortbeauftragter war. Schwierig ist es, weil wir ja kein Ressort sind, sondern eine Stufe drunter, und in der Problematik „Ortskräfte der Außenstelle, die nach Kabul gekommen sind“ habe ich gesehen, dass es Schwierigkeiten gab, den Ressortbeauftragten festzustellen oder festzulegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interessant. - Dann habe ich noch eine zweite kurze Frage: Bei den Daten, die Sie zurücklassen mussten, in der Grube versenkt haben usw., da - - Nee, genau, andersrum: die, die Sie nicht da versenkt haben und vielleicht zurückgelassen worden sind, wo im Prinzip der Status unklar ist, waren da personenbezogene Daten dabei?

Zeuge T. G.: Müsste ich mich kurz beraten.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Bitte.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand beraten sich
mit RD Michael Steppan
(BKAmT))

Zeuge T. G.: Müssten wir auf den eingestuften Teil verweisen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das machen wir jetzt mal nicht. - Jetzt kommen



Nichtöffentlich

wir noch mal in einen anderen Bereich. Sie haben vorhin gesagt, insbesondere in den letzten Tagen gab es eine Fülle an Informationen zum Thema Afghanistan, nicht die jetzt nur von Ihnen kamen, aus der Residentur, sondern eben auch von anderen Stellen, und Sie sagten zu meinem Kollegen, dass Sie dann nicht mehr alles gelesen haben.

Eine Frage: Gab es zu diesem Zeitpunkt, also, ich sage jetzt mal, ab 12.08., irgendjemand, der alles gelesen hat, was an Informationsaufkommen zur Lage in Afghanistan bei deutschen Stellen bzw. beim Bundesnachrichtendienst eingelaufen ist?

Zeuge T. G.: Nun, ich habe in der Außenstelle Personen eingeteilt. Das war nicht nur eine, sondern mehrere Personen, die Teile des Aufkommens gelesen und auf Relevanz geprüft haben und nach einem mündlichen Prüfkatalog an mich weitergegeben haben. An der Außenstelle treffen nicht alle Informationen ein, die das Mutterhaus bekommt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, nach welchen Kriterien das geprüft wurde von Ihren Mitarbeitenden?

Zeuge T. G.: Das war auf Relevanz für die eigene Sicherheitslage vor Ort, ab dem 13.08. Also, da haben wir uns auf eigene Sicherheit konzentriert und das andere noch bei Gelegenheit, also bei freien Kapazitäten, mitbearbeitet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt gehen wir noch mal in die Zeit davor, also von der ganz heißen Phase wieder weg. Was war denn der Auftrag Juni, Juli, August in Kabul in der Residentur? Was war Ihr Auftrag vor Ort? Das ist jetzt sehr allgemein gefasst; aber so allgemein haben wir es noch nicht gehört.

Zeuge T. G.: Mehrfache Aspekte: Ein Auftrag war - - Ich muss mich noch mal kurz wegen dem Format beraten, welche Tiefe ich Ihnen in diesem Format geben kann, wenn es - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Es steht Ihnen frei.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Herr Steppan nicht zuckt, dann - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Michael Steppan
(BKAm))

Zeuge T. G.: Informationsgewinnung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die diverser Art waren - die genaue Art nicht in diesem Format -, Schnittstelle zur Botschaft in beide Richtungen, sowohl Informationsfluss von Botschaft zu uns ins Mutterhaus als auch umgekehrt, Beratung des stellvertretenden deutschen Botschafters vor Ort, Eigenwahrnehmung, die unsere eigenen Leute in allen möglichen Arten gewinnen, und Gespräche mit Partnern und anderen Gesprächskontakten vor Ort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss ich noch mal nachhaken: Welchen Unterschied macht es für die deutsche Bundesregierung im Juni, Juli, August, dass der BND da war im Vergleich zu: „Er ist nicht da“? Also, was ist das übergeordnete Ziel der Informationssammlung?

Zeuge T. G.: Die ist mir sehr weit gefasst, die Frage, und es fällt mir sehr schwer, da umfassend drauf zu antworten. Ich weiß nicht, vielleicht zerlegen Sie es in kleinere Anteile.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für mich stellt sich immer noch die Frage, mit welchem konkreten Auftrag der BND zu der Zeit auch in Afghanistan war. Dass Ihre Aufgabe insgesamt Informationsgewinnung ist, ist schon klar; aber Informationen gibt es ja eine ganze Menge, und die kann man ja alle gewinnen, aber es muss ja auch irgendwie eine Zielrichtung damit verbunden sein, und diese Zielrichtung, muss ich ganz ehrlich sagen, ist mir nicht klar, die muss Ihnen aber klar gewesen sein vor Ort, weil es war ja Ihre Aufgabe.

(RD Michael Steppan
(BKAm)) meldet sich
zu Wort)



Nichtöffentlich

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Die Bundesregierung wünscht das Wort. Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, genau. - Das betrifft den Auftrag der Außenstelle, und auf den könnte etwas genauer im geheimen Format eingegangen werden, weil es bezieht sich auch auf entsprechende Dokumente, die ebenfalls Geheim eingestuft sind.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
So, den Zustand haben wir hier ja nicht. Also wenn es nicht abstrakt zu beantworten ist, dann müssen wir es lassen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel Zeit habe ich noch?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Sechs Minuten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch sechs Minuten. Ja, dann können ja wir noch unter Geheim gehen.

Dann würde ich noch eine Frage stellen zu den Ortskräften. Ich sehe, wir kommen hier an der Stelle nicht weiter, und das können wir dann auch gegebenenfalls noch mit anderen Zeugen besprechen.

Ach so, nein, ich habe hier noch was Wichtiges vergessen, und zwar haben Sie von einem Stufenplan gesprochen, der unter anderem auch eine Evakuierung vorsah. Jetzt will ich doch, wo ich noch sechs Minuten habe, noch mal einen Vorhalt machen, und zwar ist das MAT A BND-3.169 VS-NfD_Austausch, Blatt 63 bis 68. Ich kann das jetzt nicht alles vorlesen, aber da ist von drei Stufen die Rede, und keine der Stufen sieht eine vollständige Evakuierung vor. Das ist eine E-Mail, die Sie am 12. August geschrieben haben, an den Sachgebietsleiter LBHA, per E-Mail natürlich, und da ist eben keine Evakuierung, keine vollständige, vorgesehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Sie haben das vorhin ausgeführt, es hätte verschiedene Stufen gegeben bis hin zur totalen Evakuierung, haben Sie, glaube ich, wörtlich gesagt. Wo war denn dieser Teil des Stufenplans, wenn nicht in der E-Mail an den Sachgebietsleiter?

Zeuge T. G.: In der Realität vorhanden. Also, ich habe es nicht geschrieben, tut mir unendlich leid; aber wir haben es dann gemacht. Also mir wäre das in dem - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dass Sie es gemacht haben, habe ich ja gesehen; aber die Frage war ja, wie es geplant war. Wollen Sie das Dokument sonst noch mal haben, oder - -

Zeuge T. G.: Also, wenn Sie darauf hinauswollen, dass ich an dem Tag es nicht gemacht hätte, total zu evakuieren, egal was passiert wäre, kann ich das zurückweisen, und dann steht es nicht in dem Stufenplan drin. Wenn es notwendig gewesen wäre, hätten wir es getan.

Das Gute war, dass wir ab einem gewissen Moment von der Führung zu Hause vor Ort die Prokura hatten: Wenn ich es für notwendig halte, total zu evakuieren, können wir das ohne Erlaubnis von zu Hause tun. Wenn es ginge, sollen wir die einholen und uns abstimmen, aber die Möglichkeit, dass ich entscheide: „Wir müssen die Residentur oder die Außenstelle verlassen, entweder direkt zum Flughafen oder zur Botschaft“, die war mir gegeben, und wenn sie mir nicht gegeben gewesen wäre, hätte ich es trotzdem getan.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem und wann wurde Ihnen die gegeben?

Zeuge T. G.: Die wurde mir von der Höhe Referatsleitung, in dem Wording abgestimmt mit der Leitung, am 12.08., um den 12.08. - den genauen Termin weiß ich nicht mehr - gegeben. Es ging in dem Gespräch auch um diesen Dominoeffekt und vor allem auch um die Belastbarkeit von Kommunikationswegen, und in der Mail mit dem Stufenplan kam ja auch Verstimmung im Hause, wenn Sie es genau gelesen haben, dass eine Evakuierung der Außenstelle nur in Abstimmung mit Zuhause zu erfolgen hat - - Und da wurde mir mündlich noch mitgegeben: Wenn es um Leib



Nichtöffentlich

und Leben geht, dann entscheidet derjenige vor Ort, was notwendig ist, und das wird dann von zu Hause abgedeckt auf Referatsebene. - Und vorher wurde mit der Leitung gesprochen, dass in so einem Fall natürlich erst Leib und Leben kommt und dann Abstimmung oder Information.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist noch mal ganz interessant. Ich fasse es noch mal kurz zusammen, damit ich es richtig verstanden habe. Das heißt, Sie schreiben diese E-Mail am 12.08., wo Evakuierung noch nicht als Plan drin vorkommt, sondern die anderen drei Stufen, daraufhin gibt es eine Antwort, die sagt: „Aber komplette Evakuierung nur, wenn wir das erlauben“, und daraufhin bekommen Sie aber noch mal einen Anruf von der Referatsleitung, der sagt: Pass mal auf, klar, wenn es sein muss, machst du halt.

Zeuge T. G.: So kann man den Ablauf im Groben schildern. Ob der nun kausal zusammenhängt, ob die Mail den Anruf hervorgerufen hat, das kann ich nicht sagen, aber - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber von der Chronologie her habe ich das jetzt richtig dargestellt?

Zeuge T. G.: Puh! Das war vor zweieinhalb Jahren. Ich kann Ihnen nur wiedergeben. Ich war für mich - - Also, ich habe noch in Erinnerung: Für mich war zu einem ausreichenden Zeitpunkt klar, dass ich die Entscheidung, total zu evakuieren, wenn es notfallmäßig sein muss und ich glaubwürdig nachweisen kann, dass eine Abstimmung nicht mehr möglich war - - dass ich die a) tun würde und b) sogar das nicht als Dienstvergehen zu Hause aufgefasst werden würde. Ob es der 12.08. war, ob es nur aus diesem Telefonat kommt oder aus vorherigen Zwischentönen, vermag ich jetzt nicht mehr zu sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage auch deswegen so nach, weil, wenn Sie verschriftlicht hätten, wann eine Totalevakuierung erstens nötig wäre und wie die dann aussehen würde, dann würde ich auch da den Zusammenhang besser verstehen. Es ist ja so gewesen, dass

klar war, dass die Amerikaner irgendwann abziehen, also am 17., hatten Sie ja selber gesagt, spätestens dann raus sind. Und Sie stellen es jetzt hier heute so dar - und das ist ja auch nachvollziehbar -, dass man dann die letzte Chance, zum Flughafen noch zu kommen mit den Amerikanern, auch nutzen würde. Aber diese Verknüpfung zwischen dem Handeln der Amerikaner und dem Handeln der BND-Residentur ist eben nicht Teil der Planung gewesen am 12.08., die Sie verschriftlicht haben zumindest nicht. Deswegen: Bei der Lektüre hat sich doch der Eindruck aufgedrängt, dass, selbst wenn die Amerikaner abziehen, der Plan des BNDs war, nach wie vor auch in der Außenstelle eben zu verbleiben.

Zeuge T. G.: Natürlich war der Plan, dort zu verbleiben, wenn es möglich ist. Dafür sind wir ja - - Das ist ein Auftrag von uns, und es war ja auch Absicht, so lange zu bleiben wie möglich und, wenn es nicht mehr möglich ist, rechtzeitig zu evakuieren. Also ich - - Also erstens Tätig-

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der BND macht ja auch viel möglich. Das ist ja auch häufig über meine Vorstellungskraft.

Zeuge T. G.: Tätigkeit vor Verschriftung. Das ist meine Bewertung damals gewesen, also die Außenstelle auf rechtzeitige Evakuierung einzustellen, zu überwachen, ob die Tätigkeiten, die dazu durchgeführt werden müssen, durchgeführt wurden, und zu prüfen, ob es schnell genug geht für meine Lageeinschätzung.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Vielen Dank.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich eine letzte Nachfrage noch stellen?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Eine kurze.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann werde ich schweigen. - Die beiden Elemente, die dann dazu geführt haben, dass Sie sagen: „Es ist jetzt nötig“, war einerseits 12.05 Uhr: Da ist keiner mehr von den Afghanen, plus: Die Amerikaner rufen an: Wir fahren jetzt.



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Der Auslöser war: „Ihr müsst kommen, sonst kommt ihr nicht mehr mit“, und die Wahrnehmung, die Eigenwahrnehmung, als wir dann gefahren sind, war: Es war gar keiner mehr da. - Diese chronologische Reihenfolge.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht zur AfD. Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Herr G., wir sind auf der Zielgeraden. Wie viele Personen sind von Ihnen bzw. von Ihren Kollegen vom BND in den Flughafen Kabul gebracht worden?

Zeuge T. G.: Sie meinen, in den Tagen von vor dem Tor in den Flughafen hinein?

Stefan Keuter (AfD): Korrekt, richtig.

Zeuge T. G.: Also, ich kann die Zahl abschätzen der Ortskräfte der Außenstelle, der Ortskräfte unserer Außenstelle. Das würde ich mal als Mindestzahl ansetzen und dann noch eine ganz grobe Schätzung dazu liefern, welche noch dabei waren. Lassen Sie mich mal kurz rechnen. - Also, ich glaube, es war im Bereich 1 000, vielleicht leicht drunter, vielleicht drüber.

Stefan Keuter (AfD): Okay, das mit den 1 000 deckt sich auch mit den Quellen, die ich hatte. Ich hatte einen Zeitungsartikel gefunden aus der „Süddeutschen Zeitung“, die darüber schrieb, dass Sie und Ihre Kollegen über 1 000 - also round about 1 000, die Zahl stand auch im Raum - Personen in den Flughafen Kabul geholt hätten.

Wir hatten hier den Zeugen F. B. vom BMVg, der in der Sitzung vom 11. Mai 2023 aussagte - das ist auch im vorläufigen Untersuchungsausschussprotokoll drin -, dass ihn bis heute belastet und ratlos zurücklässt, dass von diesen Personen, die wir ausgeflogen haben, die wir in den Flughafen reingeholt haben, nur ein ganz geringer Teil Ortskräfte gewesen seien. -

Deckt sich das mit Ihrer Einschätzung der Personen, die Sie in den Flughafen geholt haben?

Zeuge T. G.: Die Einschätzung kann ich nicht bewerten. Ich kann Ihnen sagen: Alle Ortskräfte, die in BND-Außenstellen gearbeitet haben, haben wir evakuiert. Das war unser Ziel. Und alle diese Afghanen ohne Ausweis oder ohne Berechtigungspapiere, die wir für ausreisepflichtig oder -notwendig hielten, haben wir evakuiert. Und dann kommt natürlich noch eine unbekannte Anzahl, also eine relativ unbekannte Anzahl, an Familienangehörigen dazu. Über die anderen Ortskräfte kann ich keine Aussage treffen. Die Anzahl ist ja auch kurz vorher angewachsen, weil man die Kriterien „Wer ist nun eine Ortskraft?“ verändert hat.

Stefan Keuter (AfD): Ja. - Ist Ihnen etwas von einer Weisung aus dem BMVg an Befehlshaber Arlt bekannt, dass - ich zitiere mal - in dem Verteidigungsministerium zwei Aufträge mit auf den Weg gegeben worden wären, erstens dürfe er auf keinen Fall wieder Maschinen leer zurückfliegen lassen und zweitens solle er Bilder von vollen Fliegern produzieren?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gibt es eine MAT-Nummer dazu?

Stefan Keuter (AfD): Das ist eine „Spiegel“-Serie von Sommer 22, die sich auf diesen Zeitraum bezieht. Den Artikel geben wir zu Protokoll, also geben wir mit.

Zeuge T. G.: Dieser Befehl, den habe ich nicht bekommen; ich bin kein Befehlsempfänger des BMVg.

Stefan Keuter (AfD): Deshalb fragte ich: Haben Sie davon gehört, oder sind Sie Zeuge vom Hörensagen?

Zeuge T. G.: Also, ich habe es zumindest in dem Artikel gelesen, spätestens.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Ja, aber ich befrage Sie jetzt nun nicht nach Zeitungsaussagen, ob Sie die gelesen haben, sondern haben Sie selbst dazu Erfahrungen gemacht, davon gehört, oder dass



Nichtöffentlich

Ihnen jemand gesagt hat: „Mensch, holt noch ein paar Leute rein, wir dürfen hier keinen leeren Flieger wegfliegen lassen, wir haben die Maschine jetzt vor Ort“?

Zeuge T. G.: Ich will es nicht dementieren, aber ich will mich hier nicht am Hörensagen beteiligen. Ich glaube, das ist nicht Sinn des Untersuchungsausschusses.

Stefan Keuter (AfD): Nein, nicht am Hörensagen - Sie sind ja nun Zeuge, und eine der Wahrnehmungen, zu denen ich Sie auch befragen kann, ist vom Hörensagen. Also, es ist tatsächlich auch so im Kommentar des Untersuchungsausschussrechtes vorgesehen. Also: Haben Sie davon gehört?

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich
zu Wort)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Ich glaube, der Zeuge hat die Frage beantwortet, indem er gesagt hat, er will Hörensagen nicht kommentieren. Ich glaube, damit ist die Beantwortung implizit.

Stefan Keuter (AfD): Ja, Herr Steppan, aber er soll nicht eine Aussage vom Hörensagen kommentieren, sondern ich habe ihn gefragt, ob er diese Wahrnehmung hatte, und dazu bin ich berechtigt. Das ist eine berechnete Frage. Ein Zeuge steht auch als Zeuge des Hörensagens zur Verfügung, und ich habe ihn gefragt, ob er gehört hatte, dass dem Befehlshaber Arlt - oder dass diese Aussage kursierte, dass Befehlshaber Arlt diese Anweisung vom Verteidigungsministerium bekommen hätte.

Zeuge T. G.: Das Hörensagen ist mir bekannt. Der Zeitpunkt, wann mir das bekannt wurde, erinnere ich mich nicht, vielleicht ist es aus dem Zeitungsartikel.

Stefan Keuter (AfD): Okay, das reicht mir an dieser Stelle erst mal. - Herzlichen Dank. - Während

des Ausfliegens von Tausenden Afghanen aus Kabul mittels der deutschen Bundeswehr, das ja nun als riesiger Erfolg dargestellt und gefeiert wurde und für das ja nun auch Bundesverdienstkreuze verliehen worden sind, kommentierte der maßgebliche Akteur Jan van Thiel am 26. August 21 laut MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 73 die sogenannte militärische Evakuierungsmission wörtlich so:

„Mein Kommentar: das HKIA-Evakprogramm ist an vielen Enden stark kompromittiert. Als Ad-hoc-Notfallaktion konnte es eine Weile publikumswirksam durchgeführt werden, aber es ist in keinsten Weise ein geordneter, glaubwürdiger und länger fortsetzbarer Ansatz; es müssen nachhaltigere ordentlichere und Verfahren her, um nicht noch mehr von unserem Restansehen zu verspielen.“

Zitat Ende. - Herr Zeuge, sind Ihnen Stimmen aus dem Bundesnachrichtendienst zur Evakuierungsmission bekannt, die ähnlich lauten wie die eben zitierte Stimme Jan van Thiels und, wenn ja, welche waren dies?

Zeuge T. G.: Kann ich mich beraten?

Stefan Keuter (AfD): Klar.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Immer.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. G.: Fertig.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Bitte.

Zeuge T. G.: Im Zeitraum des Untersuchungsausschusses nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Gut, vielen Dank. - Und dann eine letzte, abschließende Frage: Hätte die Botschaft in Kabul bleiben können?



Nichtöffentlich

Zeuge T. G.: Spekulativ; kann ich nicht beurteilen.

Stefan Keuter (AfD): Gut, vielen Dank. - Das war's für heute.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht über zur FDP. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Guten Abend! - oder so ähnlich.

Zeuge T. G.: Guten Abend!

Peter Heidt (FDP): Hatten Sie eigentlich so eine Art Monitoring über den Zustand der afghanischen Sicherheitskräfte von Ihrer Dienststelle aus gemacht?

Zeuge T. G.: Teilweise, also wir haben zu diesem Thema zugeliefert.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Können Sie noch ein bisschen detaillierter werden, oder ist das dann schon schwierig?

Zeuge T. G.: Also, wenn ich detaillierter werden müsste, müsste ich jetzt wahrscheinlich irgendeinen Anteil nennen, und einen Anteil kann ich nicht festlegen, weil ich keine Kenntnis habe, wie viel von woanders geliefert wurde. Das ist mir nicht möglich.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Hätte es eigentlich eine Redundanz gegeben, falls die Luftevakuierung durch die USA ausgefallen wäre und der Landweg zu dem Flughafen nicht mehr nutzbar gewesen wäre?

Zeuge T. G.: Redundanz, zu evakuieren?

(Abg. Peter Heidt (FDP)
nickt)

Nee, wenn der Weg zum Flughafen nicht offen gewesen wäre, hätte man in kein Flugzeug steigen können, und der Landweg wäre nur dann gangbar gewesen, wenn man mit den Taliban was ausgehandelt hätte, weil es keinen Landweg gab,

der bis zur Grenze tatsächlich nicht von Taliban besetzt, bedroht oder zumindest unter deren Wirkungsbereich gelegen hätte.

Peter Heidt (FDP): Sie haben am 13.08. in Reaktion auf ein Lage-Update des deutschen Gesandten in Kabul eine Mail - das ist MAT A BND-3.159 VS-NfD, Blatt 145 - an das Regionalreferat des BND gesendet, aus der ich kurz zitieren möchte:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
anhängend sendet ...“

- geschwärzt -

„ein Lageupdate der DEU Bo.

Zusätzlich:

Es

ist nicht korrekt, dass ...“

- geschwärzt -

„seit einer Woche keinen Kontakt
mit ...“

- geschwärzt -

„gehabt hätte. Es ist korrekt, dass
...“

- geschwärzt -

„die für diese Woche vereinbarten
Termine sukzessive abgesagt hat.
Sachstand ...“

- geschwärzt -

„(heute nachmittag):

- ...“

- geschwärzt -

„hat eigenen Compound
(Annex) aufgegeben und hat in
die ...“

- geschwärzt -



Nichtöffentlich

„verlegt ...

- ...“

- geschwärzt -

„plant einen Verbleib im Land
mit minimaler Präsenz

- Gem Anhang liegen Erkennt-
nisse der DEU Bo vor, dass ...“

- geschwärzt -

„geräumt wird und ans
milHKIA verlegt. Eine
Mitverlegung des ...“

- geschwärzt -

„im Zuge des ...“

- geschwärzt -

„- Umzuges wird angenommen
...“

In welchem Punkt unterschied sich die Meldung
des Gesandten von den Ihnen vorliegenden Infor-
mationen? Denn Sie haben ja da das zum Anlass
genommen, eine Mail zu schreiben.

Zeuge T. G.: Aus dem Bericht des Gesandten
hätte man interpretieren können, dass wir keinen
Versuch gemacht hätten, den Partner zu spre-
chen, und die Intention dieser Mail war, dass wir
sehr wohl versucht haben, darüber Informationen
zu bekommen, und Zeit gehabt hätten, diese In-
formationen entgegenzunehmen, aber von der
anderen Seite das Nicht-Zustandekommen ur-
sächlich ist.

Peter Heidt (FDP): Man sieht ja daraus eine ge-
wisse Diskrepanz zwischen Ihnen und der Bot-
schaft. Können Sie uns mehr dazu sagen, wie der
Informationsaustausch zwischen Botschaft und
Residentur generell aussah?

Zeuge T. G.: Ich würde es nicht als Diskrepanz
nehmen, sondern ich würde einfach sagen, dass
einfach schriftliche Berichte manchmal unab-
sichtlich eine andere Darlegung ausbringen, und

es war wichtig, zu Hause zu sagen: Wir haben
keinen Kontakt gehabt, obwohl wir es versucht
haben. - Ich glaube, dass das für den stellvertre-
tenden deutschen Botschafter nicht relevant war,
ob wir es versucht haben oder nicht, sondern ein-
fach, dass wir keine Info bekommen haben; für
mein Haus zu Hause war es aber für mich wich-
tig, dass die wissen, wir haben es versucht. Das
ist der Unterschied.

Peter Heidt (FDP): Vielleicht noch mal: Wenn in
einer Schalte die Botschaft und die Residentur
vertreten waren, eine von den beiden nicht mit
dem Gesagten einverstanden war, wurde das dort
dann direkt kommuniziert, oder ist das dann hin-
terher geschrieben worden oder überhaupt nicht?
Wie ist das gelaufen, so grundsätzlich?

Zeuge T. G.: Was meinen Sie mit „Schalte“?
Videokonferenz - -

Peter Heidt (FDP): Ja, genau, Videokonferenz
oder Telefonkonferenz.

Zeuge T. G.: Es gab kein Format, an dem der
stellvertretende deutsche Botschafter und ich als
Außenstellenleiter gleichzeitig teilgenommen
hätten. Deswegen.

Peter Heidt (FDP): Wir haben so in ähnlicher
Weise in den Akten den Eindruck gewonnen,
dass die Meldungen des BND in der Tendenz die
Situation in Afghanistan etwas weniger drama-
tisch dargestellt haben als die deutsche Botschaft.
Würden Sie das auch so sehen, und können Sie
uns erläutern, wo da die Ursachen gewesen sind?

Zeuge T. G.: Also, die Lagebewertung zwischen
dem stellvertretenden deutschen Botschafter und
der Außenstelle hatte kaum* Unterschiede.* Die
Lagebewertung meiner Auswertung hat mehrere
Optionen aufgezeigt, und die Option, die tatsäch-
lich eingetreten ist, die wurde genannt meines
Wissens. Ich habe nicht jede Berichterstattung ge-
lesen, aber die wurde meines Wissens genannt,
dass es sein kann, dass aufgrund eigenen Weg-
falls Fähigkeiten es durchaus schneller gehen
kann. Inwiefern das dann alles, was an Optionen
da ist, in Entscheidungsfindungen mit einbezo-
gen wird, das kann ich nicht beurteilen.



Nichtöffentlich

Der Wunsch an der Botschaft und auch unser Wunsch war, dass wir mehr Fähigkeiten für die Zwischentöne eventuell bekämen. Diese Helikopter wurden angesprochen. Das wäre ein Asset gewesen, was man gut hätte nutzen können. Es war aber im Endeffekt nicht relevant, weil wir es nicht gebraucht haben. Eine frühere Möglichkeit, nicht nur an die Botschaft ausweichen zu können, sondern arbeitsfähig an den Flughafen gehen zu können, wäre in der letzten, heißen Phase wünschenswert gewesen. Aus welchen Gründen das nicht zustande kam, das entzieht sich meiner Kenntnis, ob es da nachvollziehbare Gründe gab - Material, ob man angefragt hat, gab keinen Platz -, das kann ich nicht beurteilen, aber das wäre gut gewesen, darüber noch zu verfügen. Und in diesem Punkt war ich mit dem stellvertretenden deutschen Botschafter absolut einer Meinung; also da gab es keine Abweichung. - Ende.

Peter Heidt (FDP): Es ist jetzt gleich 12 Uhr, die Jalousien gehen schon runter.

(Heiterkeit)

Ich würde sagen, wir beenden das jetzt, wenn ich das dem Vorsitzenden vorschlagen darf. Wir haben keine Fragen mehr. - Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Sehr freundlich. Vielen Dank. - Damit stelle ich fest, dass es für heute aus den Fraktionen keine Fragen mehr gibt. Damit können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung. Bis dahin gibt es aber auch noch den Vorbehalt, Sie gegebenenfalls zu einem weiteren Termin, möglicherweise dann für eingestuft, zu laden.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen und auch Ihrem Rechtsbeistand bedanken, wünsche Ihnen

noch einen schönen Restabend und guten Heimweg. Vielen Dank für heute und vor allem auch vielen Dank für Ihren Dienst für unser Land.

Die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung ist für den 1. Februar, 12 Uhr, geplant. Kommen Sie alle gut nach Hause! Die Sitzung heute ist geschlossen.

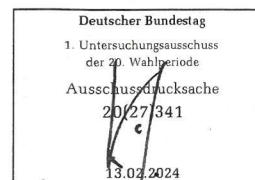
(Beifall)

(Schluss: 0.01 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen T. G.

Nichtöffentlich



Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages
Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen T.G.
Bezug: Ihre E-Mail vom 23.01.2024, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/60 II

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/60 II) der Vernehmung vom 18.01.2024. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um wenige Korrekturen vorzunehmen. Diese werde ich im Folgenden als Spiegelstriche aufführen.

- Seite 4, linke Spalte, neunter Absatz: „Mitarbeiter BND im Soldatenstatus“
- Seite 5, rechte Spalte, vierter Absatz: „...schon mal Abmarschbereitschaft herzustellen...“
- Seite 6, linke Spalte, dritter Absatz: „...davon ausgegangen sind, dass es eher nur noch Tage..“
- Seite 13, linke Spalte, dritter Absatz: „Wenn eine Verbindungsaufnahme mit zu Hause nicht mehr möglich wäre, kann ich vor Ort nach eigener Maßgabe...“
- Seite 14, rechte Spalte, erster Absatz: „...etwa zum 03.08. aus dieser anderen Stadt nach Kabul...“
- Seite 16, rechte Spalte, dritter Absatz: „Aber man hat die möglichen Auswirkungen daraus unterschiedlich interpretiert durchaus mal...“
- Seite 31, rechte Spalte, zweiter Absatz: „Ich glaubte es nicht“
- Seite 33, linke Spalte, fünfter Absatz: „Wir haben auch noch auf dem Weg von Außenstelle über Botschaft bis RS-HQ und Helikopter noch Dinge vernichtet; das ist aber nicht dokumentiert, und deswegen“
- Seite 34, linke Spalte, sechster Absatz: zur Klarstellung meiner Aussage: „Es gibt immer einen gewissen Quellenschutz auch in etwaiger Dokumentation, das heißt u.a. echte Namen tauchen in der Dokumentation nicht auf. Ich persönlich habe den auch nur einfach aus gelegentlichen Kontakten gekannt, weil man lange Zeit in dem Land verbracht hat.“
- Seite 37, linke Spalte, fünfter Absatz: „Selbst wenn die green zone aufgegeben wird, müssen....“
- Seite 45, rechte Spalte, siebter Absatz: zur Klarstellung meiner Aussage: „...Lagebewertung zwischen ... Botschafter und der Außenstelle hatte kaum keine Unterschiede. Ich habe die Lage genauso dramatisch, wie der stellvertretende deutsche Botschafter gesehen.“